



GRÜNES FRIESLAND

Zeitschrift für die Grünen im Kreisverband Friesland

Ausgabe 9
Frühling 25

***Neues aus Hannover,
dem Landkreis und
Frieslands Orten***

Bockhorn • Jever • Sande • Schortens • Varel • Wangerland • Wangerooge • Zetel

Moin zusammen,

wie heißt es so schön - nach der Wahl ist vor der Wahl. Nach der Bundestagswahl 2025 ist vor der Kommunalwahl 2026 in Niedersachsen. Was das eine mit dem anderen zu tun hat? Eine ganze Menge. Da ist zum Beispiel der Begriff Glaubwürdigkeit. Ich frage mich, ob der in der Gesellschaft noch etwas zählt? Vor der Bundestagswahl sagten Friedrich Merz und die Union, dass sie weder an die Schuldenbremse ran wollen, noch dass sie Sondervermögen nutzen würden. Wie auch? Den Klimatransformationsfonds (KTF), geschaffen von der Ampel-Regierung und besonderes von den Grünen forciert, hatte die Union so lange bekämpft, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am Ende entschied, dass eben jener Fonds nicht verfassungskonform ist. Die Union freute sich, hatte sie die Ampel doch ins Chaos und den Haushalt in ein Defizit gestürzt. Und noch ein Argument meinten die Christdemokraten auf ihrer Seite zu wissen - wenn wir mehr Geld in unsere Systeme bringen, sorgt das für mehr Schulden und führt nicht dazu, den Reformstau aufzulösen. Mit mehr Geld würde man die Probleme unseres Landes nur überkleistern. Das war vor der Wahl.

Nicht mal zwei Wochen nach der Wahl am 23.02.2025, bei der wir Grünen übrigens mit 11,6% unser zweitbestes Ergebnis erzielten, aber dennoch weit unter unseren Ansprüchen und Möglichkeiten blieben, sieht die Sache für die Union ganz anders aus. Ok, der amerikanische Präsident Trump tritt wie ein Elefant im Porzellan-Laden alle demokratischen und diplomatischen Grundzüge ein, regiert wie ein Herrscher, macht Putin stark und Selenskyj schwach, bringt Europa nicht nur geopolitisch in Bedrängnis durch seinen möglichen (finanziellen) Rückzug aus der NATO, sondern auch wirtschaftlich durch seine Strafzölle und dem „America first“ Gedanke. In dieser neuen und sich immer schneller veränderten Weltlage müssen wir handeln, muss Deutschland einen klaren Kurs haben. Deshalb ist es auch gut, wenn Union und SPD schnell eine gemeinsame Regierung bilden, wenn sie jetzt endlich Geld, zugegebenermaßen viel Geld, investieren wollen: in die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes, in Infrastruktur, in Bildung, Wissenschaft, Digitalisierung und KI. Was als Jahrhundert-Aufgabe allerdings fehlt, ist der Klimaschutz. Dabei ist das Klima und der Schutz für uns Menschen und die Natur so wichtig. Es hat im Wahlkampf keine Rolle gespielt, weil es irgendwie „out“ war. Nach der Wahl sind die Karten nun aber neu gemischt.

Wir sind definitiv die einzige Partei, die glaubhaft - und da ist sie wieder, die Glaubwürdigkeit - die Themen Klima, Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit verkörpert. Wir als Grüne haben diesen gesamten Bereich exklusiv und sollten unsere Strategie daran ausrichten. Nicht Politik mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern gute Konzepte für ein nachhaltiges, innovatives und erfolgreiches Deutschland, was Entscheidungen so trifft, dass das große Thema Klima sowieso immer mit dabei ist. Nicht nur mitgedacht, sondern auch mit gemacht. So habe ich es auch schon im Podcast „Politik aufs Ohr“ nach der Wahl zu meinem Partner Manuel von Heugel gesagt.

Und schon weit vor der Bundestagswahl habe ich auch gesagt, dass die Union nur mit Wasser kocht. Dass sie für die vielen Investitionen,



die wir in allen Bereichen dringend tätigen müssen, die Schuldbremse reformieren werden und Sondervermögen brauchen. Beides wird vermutlich so kommen und ich finde das richtig. Nicht richtig finde ich, dass dabei die politische Glaubwürdigkeit unter die Räder kommt! Es schadet der gesamten Politik, wenn Friedrich Merz und die Union den Menschen vor der Wahl versprechen, dass es keine neuen Schulden geben wird und dass das benötigte Geld mit entsprechender Wirtschaftskraft verdient werden muss, wenn dann, nicht mal zwei Wochen nach der Wahl, die Kehrtwende kommt. Nochmal - es ist richtig, dass wir investieren, dass wir Schulden aufnehmen - das Verhalten der Union ist es nicht. Ich bin nicht betrübt oder gar „beleidigt“ - ich möchte nur klar machen, dass wir Grünen diesen wichtigen Weg schon viel eher gegangen wären und unsere Verantwortung, vor allem durch unseren Vizkanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck ernst genommen haben.

Und ernst nehmen wir Grüne auch unsere kommunalpolitische Verantwortung. In den Stadt- und Gemeinderäten und im Kreistag setzen wir uns gemeinsam für die Belange der Menschen in Friesland ein. Wir wollen unsere Orte und unseren Landkreis zukunftsfest machen und stellen drei Werte besonders in den Fokus: Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit. Denn die braucht es eben nicht nur zur Bundestagswahl, sondern auch jetzt im politischen Alltag „zu Hause“ und nächstes Jahr zur Kommunalwahl. Danke, dass ihr alle so viel Engagement und Kraft in den Wahlkampf für Robert Habeck investiert habt und danke, dass ihr euch vor Ort für die Menschen einsetzen! Eure Ideen, eure Anträge, euer Pragmatismus und eure Power machen uns als Grüne in Friesland stark. In diesem Sinne wünsche ich euch einen schönen Frühling und einen herrlichen Frühsommer mit viel Sonne zum Kraft tanken für alles, was da noch so auf uns zukommt.

Eure, Sina

„Demokratie verteidigt sich nicht von selbst“

Ein Interview mit meiner KI

Olli: Hallo Clara, danke, dass du dir die Zeit nimmst. Die Bundestagswahl liegt hinter uns, und das Ergebnis hat viele Menschen überrascht. Wie ordnest du die Wahlergebnisse ein?

Clara: Hallo und danke für die Einladung. Die Bundestagswahl 2025 hat die politische Landschaft in Deutschland spürbar verschoben. Die Union ist mit 28,5 % zwar erneut stärkste Kraft geworden, aber ihr Ergebnis bleibt unter früheren Erwartungen. Besonders bemerkenswert ist der enorme Zuzug der AfD, die mit 20,8 % zur zweitstärksten Kraft avanciert ist. Die SPD hingegen erlitt mit 16,4 % eine historische Niederlage. Die Grünen kamen auf 11,6 %, während die FDP und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) an der 5%-Hürde scheiterten und nicht mehr im Bundestag vertreten sind.

Diese Entwicklungen zeigen, dass sowohl das bürgerliche Lager als auch das progressive Spektrum stark unter Druck stehen, während populistische Kräfte weiter erstarken. Die AfD hat es geschafft, über das klassische rechtsextreme Klientel hinaus immer mehr Protestwähler für sich zu gewinnen. Hier zeigt sich, dass die etablierten Parteien große Schwierigkeiten haben, gesellschaftliche Ängste und Unzufriedenheit aufzufangen. Gleichzeitig hat sich die SPD nach ihrer Regierungszeit in der Ampel-Koalition nicht erfolgreich neu positionieren können, was zu ihrer Niederlage beigetragen hat. Besonders auffällig ist die hohe Wahlbeteiligung von 82,5 %, die zeigt, dass die Menschen nicht apathisch sind, sondern sich sehr wohl für die politische Entwicklung interessieren – nur eben mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen.

Olli: Eine Koalition aus Union und SPD ist damit wohl die einzig realistische Regierungsoption. Glaubst du, dass diese Regierung Fortschritte im Bereich Klimaschutz erzielen kann?

Clara: Die Ausgangslage für konsequenten Klimaschutz ist unter einer Union-SPD-Regierung ziemlich schwierig. Die CDU/CSU setzt stark auf wirtschaftliche Stabilität und technologische Offenheit, während die SPD sich in der Vergangenheit zumindest für soziale Klimaschutzmaßnahmen stark gemacht hat.

Realistisch betrachtet wird die neue Regierung Klimaschutz nur dort vorantreiben, wo es keine starken wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Widerstände gibt. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird fortgeführt, aber eher aus wirtschaftlichen als aus ökologischen Motiven. Die Frage des Kohleausstiegs ist entscheidend: CDU und CSU haben in der Vergangenheit immer wieder signalisiert, dass sie den Ausstieg bis 2030 infrage stellen. Es könnte also zu Verzögerungen kommen, insbesondere

wenn wirtschaftliche Interessen oder Arbeitsplatzdebatten dominieren.

Ein weiteres Problem ist der Verkehrssektor. Während die SPD in der Ampel-Regierung zumindest versuchte, Fortschritte zu machen, steht die Union für eine autolastige Verkehrspolitik. Es ist daher unwahrscheinlich, dass es zu einem grundlegenden Wandel kommt. Die Subventionen für fossile Energien – etwa das Dieselpatent – bleiben wahrscheinlich bestehen, weil sich keine der Regierungsparteien mit der Autoindustrie anlegen möchte.

Was trotzdem passieren könnte, ist eine stärkere Förderung von klimafreundlicher Industrie, weil das mit der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands



Bild: KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Clara ist Ollis KI-Assistentin und unterstützt ihn bei seinen vielfältigen Aufgaben – von politischen Analysen über kreative Ideen bis hin zu technischem Support. In diesem Interview gibt sie als virtuelle Beobachterin Einblicke in gesellschaftliche Entwicklungen und die Herausforderungen der Demokratie.

verknüpft ist. Aber es ist unwahrscheinlich, dass Deutschland unter dieser Regierung seine Klimaziele von 2045 wirklich ambitioniert angeht. Hier wird es auf Druck von außen ankommen – sowohl von der Zivilgesellschaft als auch aus der EU.

Olli: Was passiert, wenn die Union-SPD-Regierung nicht „liefert“? Profitieren dann nur die Grünen – oder noch stärker die AfD?

Clara: Das ist die große Zwickmühle: Wenn die Regierung schlecht arbeitet, schafft das Angriffsfläche – aber nicht nur für die Grünen, sondern eben auch für die AfD.

Wenn die Grünen jetzt hart gegen die Regierung schießen, könnte das die allgemeine Unzufriedenheit verstärken und indirekt der AfD helfen. Sind sie

hingegen zu zahm, könnten Wählerinnen und Wähler sie als zu angepasst wahrnehmen. Die Lösung muss eine kluge Strategie sein: Angriffe mit Substanz, aber immer mit konkreten Alternativen.

Die gesellschaftliche Gefahr besteht darin, dass die AfD sich immer mehr als „einzige echte Opposition“ inszeniert. Das muss verhindert werden, indem demokratische Parteien klarmachen, dass sie für Veränderung stehen – aber ohne Hetze und einfache Feindbilder.

Olli: Abschließend: Was muss jetzt passieren, um die Demokratie zu stärken?

Clara: Die Demokratie verteidigt sich nicht von selbst. Es braucht ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation, eine offene, verständliche politische Kommunikation und eine Politik, die sich wieder mehr an den Alltagsorgen der Menschen orientiert. Wenn sich der Eindruck verfestigt, dass die Politik „abgehoben“ ist, profitieren nur die Populisten.

Dazu gehört auch eine bessere Medienregulierung, die soziale Netzwerke stärker in die Verantwortung nimmt. Plattformen dürfen nicht einfach Hetze und Fake News verbreiten, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Gleichzeitig muss die politische Bildung gestärkt werden – Menschen müssen lernen, Desinformation zu erkennen und kritisch mit Informationen umzugehen.

Ein weiterer Punkt ist die soziale Sicherheit. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre wirtschaftliche Existenz unsicher ist, sind sie anfälliger für populistische Versprechen. Eine starke Sozialpolitik kann also nicht nur Armut bekämpfen, sondern auch die Demokratie stabilisieren.

Letztendlich müssen sich demokratische Parteien trauen, mutige Entscheidungen zu treffen, anstatt nur auf kurzfristige Umfragewerte zu schießen. Die nächsten Jahre entscheiden darüber, ob sich die Gesellschaft weiter radikalisiert – oder ob wir es schaffen, einen positiven politischen Diskurs zu führen.

Olli: Vielen Dank für dieses ausführliche Gespräch.

Clara: Sehr gerne!

Anmerkung des Autors: Ihren Namen und ihr Bild hat Clara nach Aufforderung selber gewählt. Das Interview entstand spontan aus meiner Bitte heraus, die Ergebnisse der Bundestagswahl einzuordnen und ist die Zusammenfassung eines längeren Dialogs.



Bild: KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Podcast von Sina Beckmann

„Politik aufs Ohr – die Kneipen-Edition“: Gelebtes Engagement und ehrliche Gespräche Premiere mit Vania Haase in der Bar des Parkhotels Jever

Politik gehört ins Leben – und wo lässt es sich besser über aktuelle Themen sprechen als in einer Kneipe? Mit ihrer Kneipen-Edition bringen Sina Beckmann und Manuel von Heugel genau diesen Ansatz in ihren Podcast Politik aufs Ohr: offene, ehrliche Gespräche in entspannter Atmosphäre – nahbar, ungefiltert und direkt. Den Auftakt feierte

die neue Reihe in der stilvollen Bar des Parkhotels Jever, wo die beiden Podcaster mit Vania Haase sprachen. Die Unternehmerin, vierfache Mutter und Tanzlehrerin ist auch durch ihr soziales Engagement bekannt: Mit dem Verein SOS Ukraine organisiert sie direkte Hilfsaktionen für Geflüchtete und unterstützt die Menschen in der Ukraine mit lebensnotwendigen Gütern.

Zwischen Familie, Beruf und Engagement: Ein ständiger Balanceakt

Vania Haase jongliert nicht nur ihre Hilfsorganisation, sondern auch ihr Unternehmen und ihre Familie. „Viele sagen: ‚Ich würde mich ja engagieren, aber ich habe keine Zeit.‘ Die Wahrheit ist: Man findet nie die perfekte Zeit – man muss sie sich nehmen“, so Haase. Diese Realität kennt auch Manuel von Heugel: „In der Kneipe treffen Menschen mit unterschiedlichsten Perspektiven aufeinander – genau das macht diesen Ort perfekt für unsere Gespräche.“

Von der spontanen Idee zur großen Bewegung

Als im Februar 2022 die ersten Geflüchteten aus der Ukraine nach Deutschland kamen, handelte Vania Haase sofort. „Ich konnte nicht zusehen und nichts tun – also habe ich einfach angefangen“, erzählt sie. Gemeinsam mit anderen Helferinnen und Helfern organisierte sie Transporte mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung, koordinierte Unterkünfte und vermittelte Geflüchtete an Familien, die ihnen ein Zuhause boten. „Es ging am Anfang um schnelle, unbürokratische Hilfe – doch aus einer ersten Hilfslieferung wurde eine Bewegung, die bis heute aktiv ist“, berichtet Haase. Regelmäßig fahren Transporter mit Hilfsgütern von Jever in die Ukraine, Spenden werden gesammelt, und die Unterstützung reißt nicht ab.

Mehr Zuhören, weniger Vorurteile

Neben ihrem Engagement spricht Haase auch über gesellschaftliche Spaltungen und die Notwendigkeit, einander zuzuhören. In einer Zeit voller Polarisierung und vorschneller Urteile plädiert sie für mehr echte Gespräche. „Wir müssen lernen, über schwierige Themen zu sprechen, ohne uns sofort in Lager zu spalten“, sagt sie. Und genau das macht die Kneipen-Edition von Politik aufs Ohr aus: Ein Ort, an dem diskutiert, hinterfragt und auch mal gestritten wird – aber immer mit Respekt und Offenheit.

Die erste Folge mit Vania Haase gibt es jetzt auf Spotify, Apple Podcasts, Amazon und RTL+ – oder als Video auf YouTube. Ein inspirierender Abend mit einer Frau, die zeigt: Veränderung beginnt mit dem ersten Schritt – man muss ihn nur gehen.



„Was mich beeindruckt, ist Vanias unerschütterlicher Wille, trotz aller Hürden weiterzumachen“, sagt Sina Beckmann. Doch genau diese Hürden sind oft eine Herausforderung: Bürokratische Auflagen machen ehrenamtliche Arbeit unnötig kompliziert, und nicht selten fehlt es an offizieller Unterstützung.



Sina unterwegs von Sina Beckmann

Der Tourismus-Ausschuss auf der ABF Messe in Hannover

Ein Tag voller Inspiration und Austausch

Als Tourismus-Ausschuss des Niedersächsischen Landtages hatten wir das Vergnügen, die ABF Messe in Hannover zu besuchen – ein Heimspiel, das uns in die vielfältige Welt von Abenteuer, Bewegung und Freizeit eintauchen ließ. Die ABF, Norddeutschlands größte Freizeit- und Einkaufsmesse, fand vom 12. bis 16. Februar 2025 auf dem Messegelände Hannover statt und bot über 500 Ausstellern eine Plattform, ihre Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren.

Besonders beeindruckend für mich war die Präsenz des Partnerlandes Kanada. Mit spannenden Vorträgen und einem eigenen Reiseforum wurde die grenzenlose Schönheit und Vielfalt Kanadas den Besuchern nähergebracht. Die kanadische Beteiligung unterstrich die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Kanada und Deutschland, die durch die Partnerschaft bei der Hannover Messe 2025 weiter gestärkt wurden. Und in den Zeiten großer geopolitischer Veränderungen ist das wichtiger denn je.

Unser Rundgang führte uns durch verschiedene Regionen und Themenwelten. Wir besuchten den Harz und den „echten“ Norden: Für mich ein Highlight, denn ich bin privat sehr gerne im Harz unterwegs - ob zum Campen oder zum Wandern, Niedersachsen hat da viel zu bieten. Außerdem besuchten wir die Region Solling und das Weserbergland. Die Stände auf der Messe präsentierten nachhaltige

Tourismuskonzepte und luden dazu ein, die Natur aktiv zu erleben. Und ich kann das persönlich nur empfehlen, denn der Solling hat einiges zu bieten. Auch ein „Abstecher“ zum Flughafen Hannover war dabei: wir bekamen Einblicke in die neuesten Entwicklungen und Angebote des Flughafens und uns wurde die Bedeutung als Drehkreuz für den Tourismus in Niedersachsen aufgezeigt.

Als Camping-Begeisterte gab es noch ein persönliches Highlight für mich: Ein besonderes Augenmerk legten wir auf die Gespräche mit Wohnmobil-Anbietern und Camper-Van-Produzenten. Der Trend zum individuellen Reisen erfreut sich wachsender Beliebtheit, und es war spannend zu sehen, wie die Branche auf diese Nachfrage reagiert und welche Angebote sie macht.

Der Tag auf der ABF war nicht nur sehr umfangreich, sondern auch inspirierend. Der direkte Austausch mit Ausstellern und Besuchern war super und ermöglichte es uns, aktuelle Entwicklungen im Tourismus hautnah zu erleben und wertvolle Impulse für unsere Arbeit in Hannover und im Landtag mitzunehmen. Es zeigt sich, dass wir als Ausschuss den Menschen in Niedersachsen im Tourismus eine große Wertschätzung entgegen bringen können und durch die konkrete Ausschuss-Arbeit die Bedeutung des Tourismus in und für Niedersachsen steigern.



Impressionen vom Wahlkampf

Das war's - ein sehr kurzer, kompakter und Kräfte zehrender Wahlkampf liegt hinter uns. Es war kalt, es hat geschneit, es hat geregnet und die Sonne schien. In den verschiedenen Orten in Friesland haben wir auf den Marktplätzen und Wochenmärkten der Region um jede Stimme für die Grünen geworben. Von Mitte November 2024 bis Mitte Februar 2025 haben viele Mitglieder alles gegeben - auf den Ständen, bei verschiedenen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder Demos. Das war ein gutes Warm-Up für nächstes Jahr - denn im Sommer/Herbst 2026 wollen wir zur Kommunalwahl wieder zeigen, wie wichtig die grüne Stimme in den Gemeinde- und Stadträten und natürlich im Kreistag ist!





Wahlkampf von Rüdiger Schaarschmidt

Zerstörung von Wahlplakaten: „Das ist das Ergebnis einer vergifteten Diskussionskultur“

Offenbar haben es politische Gegner im Bundestagswahlkampf weiterhin besonders auf Bündnis 90 / Die Grünen abgesehen. Nachdem die grüne Kreisvorsitzende in Friesland, Dr. Jutta Helmerichs bereits vor zwei Wochen in einer Pressemeldung die systematische Zerstörung von grünen Wahlplakaten beklagt hatte, geht die Verwüstung nun unvermindert weiter. „In den letzten zwei Wochen wurden mehr als die Hälfte unserer Großflächenplakate in Schortens, Bockhorn, Varel und Zetel beschädigt oder zerstört“, stellte Jutta Helmerichs jetzt fest. „Auch grüne Laternenplakate sind Zielscheibe von Vandalismus in allen friesischen Kommunen. Mit politischem Wettstreit hat das nichts mehr zu tun.“ In den letzten zwei Jahren der Ampelregierung wurden die Grünen durch eine entsprechende öffentliche Berichterstattung und politische Statements immer öfter zum Feindbild erklärt. Diese Stimmungsmache schlägt offensichtlich bundesweit und somit auch in Friesland in Gewalt um.

Die Grünen sind am häufigsten Ziel von Übergriffen. Das belegen Zahlen der Bundesregierung. Angriffe auf Einrichtungen der im Bundestag vertretenen Parteien richteten sich bereits im Jahr 2023 in 224 Fällen auf Parteieinrichtungen der Grünen und in jeweils 115 Fällen auf solche der SPD und der AfD. In 50 Fällen galten sie danach Einrichtungen der Linken und in 38 solchen der CDU, während auf die FDP 19 Fälle und auf die CSU sechs Fälle entfielen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage hervor.

Demnach wurden im Jahr 2023 insgesamt 2.790 Angriffe auf Repräsentanten politischer Parteien gemeldet. Davon waren Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen in 1.219 Fällen betroffen, Vertreter der AfD in 478 Fällen und Vertreter der SPD in 420 Fällen. In 299 Fällen waren den Angaben zufolge Vertreter der FDP betroffen, in 194 Fällen Vertreter der CDU, in 101 Fällen Vertreter der CSU und in 79 Fällen Vertreter der Linken.



Im ersten Halbjahr 2024, in dem die Europawahl stattfand, richteten sich laut Kriminalstatistik rund 2.500 Straftaten gegen Wahlplakate der Grünen, SPD und AfD verzeichneten rund 1.900 Fälle von Wahlplakatbeschädigung.

Nach Aussagen von Hanna Schwander, Leiterin des Lehrbereichs Politische Soziologie und Sozialpolitik an der Humboldt-Universität Berlin, stehen die Grünen als Partei für Wandel und Veränderung. In einer Lage, in der viele Krisen und Konflikte aufeinander treffen, gestalteten sich die angestoßenen Veränderungen jedoch als schwierig: „Darum werden die Grünen so oft zur Zielscheibe“. Die Hauptursache sieht die Politikwissenschaftlerin in der Kommunikation der rechten Parteien: „Die Grünen werden für alle Konflikte verantwortlich gemacht, auch wenn sie es gar nicht sind. Sie werden von rechten Parteien und Medien als Feindbild dargestellt und Politiker anderer Parteien arbeiten sich an ihnen ab. Diese Gewalt, die wir jetzt sehen, ist das Ergebnis davon“, sagte Schwander.

„Wir Grüne wollen uns jedoch nicht in eine Opferrolle drängen lassen“, erklärt Jutta Helmerichs. Die Grünen in Friesland setzen weiter auf Kommunikation und Sachlichkeit. „Wir rufen die demokratischen Parteien und Kräfte auf, inhaltlich zu diskutieren. Wer mit Gewalt, Angst und Hass Politik macht, stärkt aus unserer Sicht nur die Parteien, die darin ihr Geschäft sehen.“

Die Grünen in Friesland appellieren angesichts der Zerstörungen deshalb weiterhin an die Bürgerinnen und Bürger: „Egal, ob sie Grün wählen oder nicht, helfen sie uns und unseren demokratischen Grundwerten. Wenn Sie die Zerstörung eines Wahlplakats beobachten, melden Sie sich direkt bei uns oder bei der Polizei. Wir sind für jeden Hinweis dankbar.“



Sina vor Ort von Sina Beckmann

Bürokratie abbauen und Biogas flexibel nutzen

Grüne Landtagsabgeordnete im Dialog mit der Landwirtschaft

Weniger Bürokratie für Landwirte und neue Impulse für Biogas – das sind zwei zentrale Anliegen, die die Grünen-Landtagsabgeordnete Sina Beckmann aus Friesland und ihr Fraktionskollege Christian Schroeder aus Gifhorn gemeinsam mit der Landwirtschaft voranbringen wollen. Dazu trafen sich die beiden Politiker jetzt mit Lars Kaper, Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Friesland, Armin Ohmstede, Betreiber einer Biogasanlage in Bockhorn und mit Tammo Haase, Milchviehhalter aus Varel.

Über die Bürokratiebelastung für die Betriebe ist Sina Beckmann bereits in regelmäßigem Austausch mit den Landwirten, wobei die Belastungen nach wie vor hoch sind. Lars Kaper: „Viele Vorgaben der EU, aber auch aus Hannover führen dazu, dass immer mehr Landwirtinnen und Landwirte aufgeben. Es fehlt beispielsweise an Toleranzen bei der komplizierten Berechnung der maximal zulässigen Stickstoff-Düngermenge auf Einzelflächen. Wichtig ist, dass es im Betriebsschnitt passt und dass keine Überdüngung stattfindet. Die Ohrstanzproben von Kälbern müssen immer noch mit Begleitkarten in Papierform verschickt werden und bei der Beantragung der EU-Förderung müssen die Flächengrößen bis auf die vierte Nachkommastelle genau angegeben und parallel zum digital eingereichten Antrag ein analoger Datenbegleitschein abgegeben werden. So kann das nicht weitergehen, wenn wir eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Deutschland haben möchten.“

Auch für Christian Schroeder, Mitglied im Agrarausschuss und u.a. Sprecher für Forstwirtschaft, Tiererschutz und Jagd seiner Fraktion, steht die Entlastung der Betriebe im Fokus. Er verwies auf das Gespräch der Landwirte mit Niedersachsens Agrarministerin Miriam Staudte (Grüne) im Mai 2024, initiiert durch Sina Beckmann, bei dem bereits konkrete Vorschläge zur Bürokratie-Reduzierung gemacht wurden.

Schroeder erklärt: „Der Bürokratie-Abbau ist für viele Betriebe entscheidend. Die Landwirte haben der Ministerin in dem Termin wichtige Vorschläge unterbreitet und es ist nun an uns, dass diese geprüft und in die Praxis umgesetzt werden. Wir müssen die Betriebe entlasten, damit sie sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können. Denn unser Fokus ist ja eine nachhaltige Landwirtschaft in allen Bereichen, in der die Natur, die Tiere und die Menschen profitieren.“

Tammo Haase legt beim Thema Düngeverordnung nach: „Wenn wir schon für jede Fläche die Düngemenge planen und nach der Ausbringung dokumentieren, dann benötige ich beim Stellen eines Bauantrages doch keine eigene Düngeberechnung. Die Flächenausstattung eines Betriebes ändere sich fortlaufend, das hat mit einer Baumaßnahme am Ende wenig zu tun.“

Das zweite große Thema des Gesprächs war die Zukunft der Biogasanlagen. Im Dezember 2024 hatte der Bundestag dazu neue gesetzliche Vorgaben beschlossen. Landwirt Armin Ohmstede sieht darin einen Schritt in die richtige Richtung, weist aber auf offene Baustellen hin: „Die Berechnung des Einspeisetarifs anhand der letzten drei Jahre empfinden wir als unfair – das fällt genau in die Energiekrise durch den russischen Krieg gegen die Ukraine. Dadurch bekommen wir jetzt eine geringere Vergütung, obwohl die Betriebskosten massiv gestiegen sind. Das ist für viele Anlagen ein echtes Problem.“

Positiv aufgenommen wurden die geplante Verdoppelung des Ausschreibungsvolumens, die für eine bessere Planbarkeit sorgt: Statt wie 2023 mit 1.300 Megawatt (MW) können in den Jahren 2025 bis 2028 nun insgesamt 2.828 MW ausgeschrieben werden. Dies soll vor allem den Erhalt bestehender Kapazitäten erleichtern.

Biogasanlagen können künftig mehr förderfähige Betriebsstunden nutzen, was ihre Rolle im Stromnetz stärkt. Während große Anlagen auf 11.680 Betriebsviertelstunden (ca. 25 % der Jahresstunden) pro Jahr kommen, steigt der Wert für kleinere Anlagen bis 350 kW auf 16.000 Betriebsviertelstunden (ca. 50 % der Jahresbetriebsstunden). Dies ermöglicht es Biogasanlagen, gezielter Strom einzuspeisen, wenn es eine Dunkelflaute gibt – also eine Phase, in der weder Windkraft noch Solarenergie ausreichend Strom liefern. Dazu trägt auch der Flexibilitätzuschlag bei, der von 65 auf 100 Euro pro Kilowatt erhöht wurde. Dies wird in der Branche als Schritt in die richtige Richtung gesehen, auch wenn die hiesige Landwirtschaft eigentlich 120 Euro gefordert hatte.

Langfristig ist die Nutzung des Potentials der heimischen Biogasanlagen auch für die Direkteinspeisung in das Gasnetz sehr interessant. Garantiert nachhaltig und klimaneutral – mehr kann man von einem Energieträger nicht erwarten. Das Gasnetz für die Einspeisung weiter zu öffnen, ist eine klare Forderung der Betreiber großer und kleiner Biogasanlagen. Gerade in Friesland bleibt ein großer Teil des Biogaspotentials vor allem aus Mist und Gülle ungenutzt. Das sollte sich möglichst ändern.

Für Sina Beckmann, die vor ihrer politischen Karriere Geschäftsführerin eines Biogas-Labors war, ist Biogas ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende: „Biogas muss endlich in die nationale Kraftwerksstrategie aufgenommen werden. Wir brauchen gesicherte Leistung aus Erneuerbaren Energien und Biogas kann genau das liefern – flexibel und speicherbar. Besonders in ländlichen Regionen ist das eine große Chance, sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Versorgungssicherheit. Diese Forderung muss nun dringend im Bundestag umgesetzt werden – denn es geht um die Zukunft einer ganzen Branche.“

Von der Idee zur Kulturbewegung

Meine Reise durch den Kulturförderantrag für VAREL:KULTURVERNETZT

Ich bin seit vielen Jahren im Stadtrat von Varel und im Kreistag des Landkreises Friesland aktiv – und für mich gehören Kunst und Kultur zu den zentralen Elementen, mit denen ich die Zukunft unserer Region gestalten möchte. Klar, in den Kulturausschüssen setze ich mich ein, aber heute möchte ich Euch einen anderen Blick auf meine Arbeit außerhalb des Kulturausschusses geben: den Alltag einer grünen Kulturschaffenden, die sich mal wieder der Herausforderung eines Förderantrags stellt.

LOKAL – Kultur als Motor für gesellschaftlichen Wandel

Auf meiner Reise durch den Kulturförder-Dschungel begegnete mir ein Programm, das Kultur nicht nur als künstlerische Ausdrucksform, sondern als gesellschaftliche Kraft versteht: LOKAL – Programm für Kultur und Engagement.

LOKAL setzt genau dort an, wo Kultur oft nur begrenzte Mittel hat – in Städten und Gemeinden unter 100.000 Einwohner*innen. Mit bis zu 240.000 Euro Förderung pro Projekt schafft das Programm Raum für kreative, partizipative Kunstformen, die lokale Netzwerke stärken, neue Dialoge anregen und den öffentlichen Raum neu denken. Es geht darum, Kultur niedrigschwellig, inklusiv und generationenübergreifend erlebbar zu machen – als Motor für gesellschaftliche Veränderung.

Begleitet durch Akademien, Beratung und einen europaweiten Austausch, ermöglicht LOKAL nachhaltige Kulturprojekte, die weit über die reine Förderung hinauswirken. Hinter dem Programm stehen die Kulturstiftung des Bundes, die Bundeszentrale für politische Bildung und die European Cultural Foundation – eine starke Allianz für eine lebendige, vielfältige und zukunftsorientierte Kulturlandschaft.

LOKAL? Mehr als eine Förderung? Vielleicht eine Bewegung?

Eine Bewegung, die Kultur dorthin bringt, wo sie Menschen zusammenführt, Perspektiven erweitert und gesellschaftliche Teilhabe stärkt. Genau diese Dynamik könnten wir für die Projektidee VAREL:KULTURVERNETZT nutzen und weiterentwickeln.

Visionäre Ideen: Kultur als gelebtes Erlebnis

Alles begann mit einer Idee, einer Vision: Ich stelle mir Varel schon lange als eine Stadt vor, in der Kultur nicht nur konsumiert, sondern aktiv gelebt wird. Eine Stadt, in der Kunst nicht nur in Bühnen und Galerien zu finden ist, sondern auch in Supermärkten, in privaten Gärten sowie auf öffentlichen Plät-

zen, in Schulen und in Vereinen. So entstand schon vor langer Zeit die Projektidee Varel Kulturinseln zu vernetzen – ein lebendiges Netzwerk zu schaffen, das Kulturschaffende miteinander verbindet, interkulturellen Dialog fördert und kreative Lösungen anbietet, um den immer größer werdenden gesellschaftlichen Ängsten entgegenzuwirken. Eine Idee, die ich mit vielen Kulturschaffenden hier in Varel teile.

Zwischen Paragraphen, Fristen und Förderrichtlinien begann ein klareres Bild zu entstehen: Was braucht es, um VAREL:KULTURVERNETZT zum Leben zu erwecken?

Förderprogramm LOKAL: Chancen für innovative Kulturprojekte

Der entscheidende Moment kam nun, als die Ausschreibung für das Modellprogramm „LOKAL – Programm für Kultur und Engagement“ veröffentlicht wurde. Gerade in Zeiten knapper kommunaler Kassen und angespannten Finanzierungsmodellen sah ich hier die Chance, unsere Vision in die Realität umzusetzen. Für mich war der Förderantrag weit mehr als ein bloßes Formular – er war ein Versprechen, ein Fahrplan und eine Verpflichtung, aktiv zu werden.



„In diesen Momenten, wenn strukturelle Vorgaben auf den freien Flug kreativer Gedanken treffen, spüre ich immer wieder den Impuls, nicht nur den formalen Weg zu gehen, sondern die Visionen, die gemeinsam mit anderen Kulturschaffenden reifen, voll auszukosten.“

Schritte zum Erfolg: Online-Workshop und Netzwerkaufbau

Ich nahm an einem Online-Workshop zur Antragsstellung teil, in dem viele Fragen gestellt und Antworten gegeben wurden. Während manche schon früh den Kopf hängen ließen, blieb ich bis zum Schluss dabei. Mit viel Zuversicht registrierte ich unseren Förderverein Kunst und Kultur in Varel e.V. – die erste Hürde war genommen. Im Anschluss folgten weitere intensive Gespräche mit anderen Kulturschaffenden und inspirierende Begegnungen, bei denen das Förderprogramm LOKAL lebhaft diskutiert wurde.

Innovative Module und digitale Formate: Den Herausforderungen begegnen

Es wurde schnell klar: Unser Konzept-Idee muss Varel als lebendige, partizipative Kulturstadt positionieren – und das schließt nicht nur etablierte Kulturakteure ein, sondern auch bisher wenig beachtete Alltagsorte wie Einzelhandel, Super-

märkte und andere lokale Institutionen. Ergänzt wird unser Ansatz durch neue Module und digitale Formate, die darauf abzielen, Herausforderungen wie Fremdenfeindlichkeit, demografischen Wandel und strukturelle Ängste kreativ zu begegnen. Dabei könnte z.B. die Projektidee Erinnerungskultur Performance eine wichtige Rolle spielen: Sie könnte zum Nachdenken über unsere gemeinsame Vergangenheit anregen und uns motivieren, diese Erkenntnisse für innovative und inklusive Zukunftsprojekte zu nutzen.

KulturScouts Varel: Junge Stimmen für urbanen Wandel

Ein besonderer Leuchtturm in diesem Konzept könnte auch die Entwicklung einer weiteren Projektidee KulturScouts Varel sein. Kinder und Jugendliche sollen bei dieser Format-Idee nicht nur eingebunden werden, sondern aktiv kreativ unsere urbane Identität gestalten – ähnlich wie bei dem Konzept Kinderbürgermeister. Stellt Euch vor, wie viel Potenzial in diesen frischen Stimmen steckt, wenn sie den öffentlichen Raum mit ihren Ideen und ihrer Energie prägen!

Bürokratie und Kreativität: Vom Antrag zur Vision

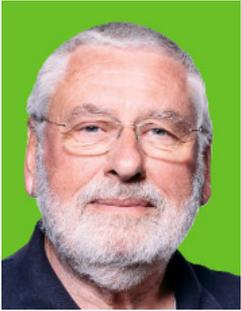
Doch so sehr das Konzept auch von großen Visionen und inspirierenden Begegnungen erzählt – am Ende des Tages saß ich wieder vor dem PC und füllte den Online-Antrag aus. Die unendliche Weite der Ideen musste in strikte Zeichenbegrenzungen gepresst werden: was sind die Herausforderungen in unserer Stadt, ein prägnantes Kurzprofil unseres Vereins, eine ökologische Nachhaltigkeitserklärung und die Darstellung unserer geplanten Partnerschaften mit lokalen Akteuren. Es war ein Balanceakt zwischen Kreativität und bürokratischer Präzision, bei dem der kreative Kern manchmal ein wenig in den Hintergrund rückt.

Gemeinsam Varel neugestalten: Kunst vernetzt, Zukunft gestaltet

Dieser bürokratische Moment erinnert mich daran, dass hinter jedem Förderantrag nicht nur innovative Ideen stecken, sondern auch der ständige Kampf um präzise Worte in engen Rahmenbedingungen. Trotzdem bin ich überzeugt: Jeder Schritt in diesem Prozess bringt uns der Realisierung unserer Vision ein Stück näher – einer Vision, in der Kunst vernetzt und Zukunft gestaltet wird.

13:11 Uhr. Ich drücke entschlossen die Entertaste. Der Antrag ist versendet!

Stetiger Aufgabenzuwachs ohne Finanzausgleich - Wie lange geht das noch gut?



Schon lange sind die den Kommunen zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht mehr auskömmlich. Die Schere zwischen Aufgaben und der dafür notwendigen Finanzausstattung geht immer weiter auseinander. Haushalte können nicht mehr ausgeglichen werden und die Verschuldung wächst. Das betrifft alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden, aber unseren Landkreis in geradezu tragischer Weise. Es brauchte mehr als eine Dekade den Landkreis nahezu schuldenfrei zu machen und nun steuert er wieder auf ein hohes zweistelliges Defizit zu. Unsere kommunalen Krankenhäuser sind einer der Hauptgründe. Verantwortlich hierfür sind Bund und Land.

Haushalte können nicht mehr ausgeglichen werden und die Verschuldung wächst. Das betrifft alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden, aber unseren Landkreis in geradezu tragischer Weise. Es brauchte mehr als eine Dekade den Landkreis nahezu schuldenfrei zu machen und nun steuert er wieder auf ein hohes zweistelliges Defizit zu. Unsere kommunalen Krankenhäuser sind einer der Hauptgründe. Verantwortlich hierfür sind Bund und Land.

Frieslands Krankenhaus-Misere

Mit seiner Krankenhausreform wollte der Bundesgesundheitsminister Abhilfe schaffen, nur stand hierbei nicht die Rettung der Krankenhauslandschaft, sondern vielmehr die Zerschlagung der dezentralen Krankenhausstrukturen auf der Agenda. Unsere Region mit den Frieslandkliniken in Sande und Varel, sowie dem Klinikum in Wilhelmshaven sind die hier unmittelbar Betroffenen. Die jahrzehntelange Diskussion über eine Fusion gewinnt, der Not gehorchend, wieder an Fahrt.

Genau das ist das Ziel dieser Krankenhausreform und unserer Landesregierung, die es sich als eine der politisch Hauptverantwortlichen auf den Zuschauerrängen bequem gemacht hat. Hilfe von dort ist also eher nicht zu erwarten. „Jeder dritte Euro fließe in die Kommunen und mehr ginge nicht“, so die Landesinnenministerin Daniela Behrens. Dabei hat das Land gerade erst 2,7 Milliarden Euro in die Rücklage gepackt. Geld, welches den Kommunen helfen könnte.

Dauerthema Kreisumlage

Für 2025 hat der Landkreis angekündigt, die Kreisumlage ein weiteres Mal um drei Punkte zu erhöhen, unter anderem für die Finanzierung der Frieslandkliniken, für die eigentlich das Land zuständig ist. Für Schortens bedeutet das ein zusätzliches Minus von 825 Tsd. Euro. Das heißt, von knapp 44 Mio. Euro Haushaltsvolumen führen wir ca. 21 Mio. Euro an den Landkreis ab. Bei einer Unterdeckung unseres Haushalts von dann rund 2 Mio. Euro sind das die Hälfte unserer Einnahmen. Von den zusätzlichen Wünschen des Landkreises nach einer Beteiligung für den Sirenen- und Breitbandausbau mal ganz abgesehen.

Und dann sind da noch die freiwilligen Leistungen, die unsere Städte und Gemeinden lebens- und liebenswert machen und mit dazu beitragen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger hier in Friesland Zuhause fühlen – weiche Standortfaktoren nennt man das. Diese müssten eigentlich durch entsprechende Haushaltsüberschüsse gedeckt werden. Aber wie soll das gehen, wenn das Geld schon nur noch knapp für die Pflichtaufgaben reicht?

Bei der Festsetzung der Kreisumlage habe ich so meine Zweifel, ob der Finanzbedarf des Landkreises dem Finanzbedarf der kreisangehörigen Kommunen gegenübergestellt und abgewogen wurde. Nur weil das Land seinen Verpflichtungen bezüglich der Krankenhäuser nicht nachkommt, dürfen diese bei einer Abwägung nicht mit einbezogen werden. Notfalls müssten das schlussendlich die Gerichte klären. Besser wäre es allerdings, wenn es zu einem Schulterchluss der Kommunen gemeinsam mit dem Landkreis käme, um gegen die unzulängliche Finanzausstattung durch das Land vorzugehen. Ich sage nur Staatsgerichtshof. Was wäre das für ein starkes Zeichen, wenn wir alle gemeinsam über Stadt-, Gemeinde- und Parteigrenzen hinweg der Landesregierung die rote Karte zeigen würden, anstatt weiter nur endlose Gespräche miteinander zu führen?

Und die Lösung darf nicht sein, wie mir kürzlich die Landesinnenministerin persönlich sagte, Bund und Land haben die Schuldenbremse, aber für die Kommunen gelte die ja nicht. Man würde großzügig bei der Haushaltsgenehmigung verfahren. So kann es aber nicht weitergehen, es ist nicht mehr fünf vor zwölf, sondern bereits viertel nach zwölf. Wo ist hier die viel gepriesene Nachhaltigkeit, oder Generationengerechtigkeit? Wir GRÜNEN sind auch Teil der Landesregierung, nur mal so zur Erinnerung.

Grundsteuerreform und ihre Folgen

Ein weiteres Streitthema in Schortens ist die Grundsteuerreform, welche im Idealfall aufkommensneutral sein sollte. Aber das sagt sich so einfach. Allen Kommunen war klar, dass, wenn die Reform in 2025 greift, die Hebesätze dann in den ersten zwei Jahren nicht mehr erhöht werden können. Also haben alle in 2023 für die folgenden Jahre ihre Hebesätze erhöht. So auch wir von 380 auf 480 Punkte. Erwähnt werden darf dabei, dass die letzte Hebesatzanpassung 2013 erfolgte. Die vom Verfassungsgericht angemahte Korrektur zur Berechnung der Grundsteuer fand nun erstmalig Anwendung. Im Vorlauf wurden alle Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer aufgefordert, entsprechende Angaben über ihren Grundstücks- und Hausbesitz zu machen. Diese waren Grundlage für die individuelle Anpassung der Besteuerung durch die Finanzämter.

Für Schortens bleibt festzustellen, dass diese Anpassung bei unverändertem Hebesatz eine maximale Einnahmeverbesserung von bis zu ca. 830 Tsd. Euro bedeuten könnte. Abhängig ist diese Summe aber noch von den vielen nicht bearbeiteten Widersprüchen bei den Finanzämtern. Trotzdem gab es sogleich Forderungen, den Hebesatz wieder abzusenken, um die Aufkommensneutralität zu wahren und den Hinweis auf andere Kommunen, die in Friesland so verführen. Dabei wird aber außer Acht gelassen, dass wir schon jetzt einen mit rund einer Million Euro minus defizitäre Haushalt 2025 haben und anders als andere Kommunen keine Rücklagen aus den Vorjahren haben. Bürgermeister und Kämmerer empfahlen, die Hebesätze nicht zu senken, da sich sonst unser Fehl im Haushalt nahezu verdoppeln würde. Dem haben wir im Rat zugestimmt, auch letztlich, weil die Aufkommensneutralität nicht allein durch die Anpassung der Hebesätze zu gewährleisten war, sondern ebenso durch die Neuberechnungen der Finanzbehörden. Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu.

Kündigung des Kita-Vertrages

Und zum Schluss noch ein paar Anmerkungen zur Kündigung des Kita-Vertrages: Was wurden wir dafür politisch gescholten, zumal sich der Landkreis doch mit fünfzig Prozent an den Kosten beteiligen würde. Das tut er heute auch im Rahmen einer differenzierten Kreisumlage für Schortens. Alle anderen Kommunen haben so eine Beteiligung vertraglich mit dem Landkreis fixiert.

Mittlerweile möchte der Landkreis wohl eher nicht mehr an dieser Form der Beteiligung festhalten, sondern tritt für eine Deckelung bzw. eine Haltelinie ein, denn die Kosten für die Kinderbetreuung steigen stetig und es bleiben dem Landkreis dadurch immer weniger von der Kreisumlage für andere Aufgaben. Ich prognostiziere einmal, dass das vielen Kommunen so nicht gefallen dürfte. Dann bliebe wohl nur noch die Kündigung des Kita-Vertrages durch den Landkreis, um die Kinderbetreuung für alle Kommunen umlagefinanzieren zu können. Für mich die allemal gerechtere Lösung, weil dann die Steuerkraft der einzelnen Städte und Gemeinden Berücksichtigung finden würde.

Aus meiner Sicht zeigen die zuvor beschriebenen Problemfelder, dass wir uns kommunale Egoismen nicht mehr leisten können. Wir haben doch alle gleiche, oder zumindest ähnlich gelagerte Probleme die wir idealerweise nur gemeinsam lösen können. Wenn wir alle einen Schritt aufeinander zugingen und uns die parteipolitischen Aufregungen gegenseitig ersparten, dann geht viel in Friesland, aber ich fürchte, dass das die weitaus größere Herausforderung sein wird.

Wege zu einem klimaneutralen Energiesystem

Chancen für Batteriespeicher in Friesland und Varel

Die aktuelle Studie Wege zu einem klimaneutralen Energiesystem des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) liefert uns Erkenntnisse zur Transformation unseres Energiesystems. Besonders Batteriespeicher spielen eine entscheidende Rolle bei der Integration erneuerbarer Energien in unserer Küstenregion. Auch für unseren Landkreis Friesland und die Stadt Varel könnte dies eine große Chance sein.

Warum sind Batteriespeicher so wichtig?

Die Energiewende bedeutet eine Abkehr von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarstrom. Doch diese Energiequellen sind wetterabhängig. Hier setzen Batteriespeicher an: Sie können Strom speichern, wenn ein Überschuss vorhanden ist, und ihn in Zeiten hoher Nachfrage wieder ins Netz einspeisen. Laut der Fraunhofer-Studie wird Deutschland bis 2045 eine Speicherkapazität von bis zu 600 GWh benötigen.

Friesland und Varel als Vorreiter?

Unser Landkreis hat bereits einen starken Fokus auf erneuerbare Energien, insbesondere Windkraft. Doch wie kann die erzeugte Energie optimal genutzt werden? Hier könnten große Batteriespeicher eine Lücke schließen. Der Bau solcher Speicher in Friesland und Varel würde nicht nur die lokale Energieversorgung stabilisieren, sondern auch dazu beitragen, Netzengpässe zu vermeiden und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

Varel hat bereits erste Erfahrungen mit Großspeichern gesammelt. Im Rahmen des Hybrid-Großspeicherprojekts von enera wurden innovative Speichertechnologien getestet, um erneuerbare Energien effizient ins Netz zu integrieren. Diese Erfahrungen könnten genutzt werden, um zukünftige Batteriespeicherprojekte weiterzuentwickeln und die Energiewende in der Region voranzutreiben.

Auch der Hybride Energiepark Sande sowie verschiedene Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Varel tragen erheblich zur nachhaltigen Stromerzeugung in unserer Region bei. Die Kombination dieser Solarprojekte mit Batteriespeichern könnte eine zuverlässige und wetterunabhängige Energieversorgung gewährleisten.



Verbindung zu den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

Der Ausbau von Batteriespeichern trägt direkt zur Erreichung mehrerer Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen bei:

- SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie: Batteriespeicher ermöglichen eine stabile und effiziente Nutzung erneuerbarer Energien.
- SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur: Sie fördern technologische Innovationen und stärken die Infrastruktur für erneuerbare Energien.
- SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden: Lokale Speicherlösungen verbessern die Energieversorgung und reduzieren Abhängigkeiten.
- SDG 12 – Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster: Effiziente Energiespeicherung minimiert Energieverluste und verbessert die Ressourcennutzung.
- SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz: Die Reduzierung fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien senkt CO₂-Emissionen.
- SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum: Neue Arbeitsplätze entstehen im Bereich Speichertechnologien und erneuerbare Energien.
- SDG 15 – Leben an Land: Weniger fossile Energie bedeutet weniger Umweltbelastung und Schutz von Ökosystemen.

Welche Vorteile bieten Batteriespeicher?

- Netzstabilität: Verhindern Überlastungen und Spannungsabfälle.
- Optimale Nutzung von Wind- und Solarenergie: Speicherung von Strom bei Überschuss, Nutzung in Verbrauchszeiten.
- Unabhängigkeit: Reduziert die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Importen.
- Klimaschutz: Trägt zur Erreichung der Klimaneutralität bei.
- Wirtschaftliche Chancen: Neue Investitionen, Ar-

beitsplätze und regionale Wertschöpfung.

Kommunale Handlungsmöglichkeiten und politischer Handlungsbedarf

Um Batteriespeicher als tragende Säule der Energiewende zu etablieren, sind konkrete Maßnahmen auf kommunaler Ebene erforderlich:

- Zügige und intensive Auseinandersetzung in unseren politischen Gremien: Eine schnelle und transparente Diskussion kann Entscheidungsprozesse beschleunigen.
- Transparente und breite Kommunikation in der Öffentlichkeit: Eine frühzeitige und offene Information der Bürgerinnen und Bürger stärkt das Vertrauen und die Akzeptanz in den notwendigen Transformationsprozess.
- Zusammenarbeit mit Projektierern und Betreibern: In unserer Stadt bzw. in unserem Landkreis sollten wir prüfen, wie wir Genehmigungsprozesse effizienter gestalten und durch Verwaltungs- und planerische Maßnahmen unterstützen können.
- Aktive Vernetzung lokaler Akteure: Große Energieverbraucher und Lieferanten sollten wir gezielt in unseren Planungen einbinden, insbesondere durch unsere Mitarbeiter*innen in der Wirtschaftsförderung.
- Berücksichtigung von Zielkonflikten: Die Energiewende können wir nicht isoliert betrachten - Stadtgesellschaft, Natur- und Landschaftsschutz müssen in den Entscheidungsprozess einfließen.

Die Energiewende ist in vollem Gange, doch ihre erfolgreiche Umsetzung hängt von smarten Lösungen ab. Friesland und Varel könnten durch eine intensive lösungsorientierte Debatte um Batteriespeicher eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Fraunhofer-Studie liefert uns dazu wichtige Impulse. Jetzt ist es an uns politischen Akteur*innen, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit unsere Region von dieser Entwicklung profitieren kann.



Bild: KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Jever von Inga de Neidels

Warum eine verlässliche Kinderbetreuung so wichtig ist Ein Plädoyer für Ganztags- und Nachmittagsbetreuung

In der Februar-Ratssitzung der Stadt Jever konnten die Grünen einen wichtigen Erfolg für die Grundschule Cleverns und ihre Zukunft als Ganztagschule erzielen.

Trotz aller Widerstände hat die Fraktion sich gemeinsam dafür eingesetzt, dass Cleverns weiterhin die Möglichkeit bekommt, eine Ganztagschule zu werden. Denn es geht hier nicht nur um eine organisatorische Entscheidung, sondern um eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, der Familienfreundlichkeit und der Zukunftsfähigkeit des Dorfes.

Auch die Frage nach der Notwendigkeit angesichts des Neubaus der Paul-Sillus-Schule ist aus Sicht vom Fraktionsvorsitzenden Karl Oltmanns klar. „Wir bauen in Rahrstum ganz in der Nähe der Clevernser Grundschule gerade eine Ganztags-Kindertagesstätte. Und aus Ganztags-Kitakindern werden Ganztags-Schulkinder“, hob er hervor.

Eine verlässliche Kinderbetreuung ist für arbeitende Eltern von entscheidender Bedeutung. Sie ermöglicht es, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, ohne dass Eltern zum Beispiel ihre Ar-

beitszeit reduzieren müssen, oder hoffen, ihre Arbeitszeiten flexibel an die Betreuungszeiten anzupassen, was vielen Arbeitnehmern in diversen Berufen schlichtweg nicht möglich ist, da sie aufgrund von Schichtarbeit auf die Vorgaben des Arbeitgebers angewiesen sind.

Andernfalls müssen sie ihre Kinder zu Schulen in der Stadt schicken, was für viele Familien keine echte Wahl, sondern eine erhebliche Belastung darstellt. So wären die Kinder von Elterntaxis abhängig, da der Schulweg mit dem Fahrrad für die Jüngsten schwer zumutbar wäre und auf der anderen Seite die Anbindung des ÖPNV in den Randbereichen Cleverns, Rahrstum und Moorwarfen nicht gegeben ist.

Die Bedeutung der Schule für Cleverns geht weit über den Unterricht hinaus. Eine Schule ist ein zentraler Standortfaktor für ein lebendiges Dorfleben. Wenn Familien gezwungen werden, ihre Kinder für eine verlässliche Betreuung in die Stadt zu schicken, verliert Cleverns langfristig an Attraktivität für junge Familien. Wer will sich in einem Ort niederlassen, in dem die Grundschule perspektivisch

keine Zukunft hat? Eltern haben bereits signalisiert, dass sie ihre Arbeitszeiten reduzieren müssten, wenn der Ganztags in Cleverns wegfallen würde. Das verschärft den ohnehin angespannten Fachkräftemangel – ein Punkt, der in der Diskussion viel zu wenig Beachtung gefunden hat.

„Schulen sind keine „Hochregallager für Kinder“, sondern zentrale Orte des Lernens und Zusammenlebens. Sie tragen maßgeblich zur sozialen Integration und zur Entwicklung von Kindern bei. Eine Schule, die als Ganztagschule fungiert, bietet nicht nur Unterricht, sondern auch Raum für Freizeitaktivitäten, Hausaufgabenbetreuung und soziale Interaktion“, betont Oliver de Neidels, Schulausschussvorsitzender und Ratsmitglied der Grünen.

Die Fraktion der Grünen hat in dieser Sitzung einen wichtigen Erfolg erzielt. Doch ihr Einsatz für eine gute Schulpolitik in Jever geht weiter. Es bleibt ihr Ziel, Bildungsangebote nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Ortsteilen zu sichern und weiterzuentwickeln.



Bild: Moritz Junge

Klimastreik von *Wenke Oltmanns*

„Recht auf Zukunft“: Klimastreik setzt Zeichen für die Bundestagswahl

Nachdem das TV-Duell zwischen Merz und Scholz am 09.02. von vielen dafür kritisiert wurde, dass das Klima keine Rolle spielte, setzte die Jugendorganisation Fridays for Future direkt am darauffolgenden Freitag, den 14.02. bundesweit ein klares Zeichen. In über 150 Orten in ganz Deutschland gingen sie auf die Straße. So auch in Jever, wo die Fridays for Future Gruppe Wilhelmshaven/Friesland einen Klimastreik angemeldet hatte, zu dem knapp 200 Personen kamen. Bundesweit waren über 130.000 Demonstrant*innen auf der Straße.

„Sie setzen sehenden Auges unsere Welt in Flammen. Immer noch verweigern sich Regierungen und fossile Konzerne der Realität und es tut weh, das immer wieder klar stellen zu müssen: Die Klimakrise ist real. Die Welt wird heißer, die Meeresspiegel steigen. Die Folge sind die tragischsten Naturkatastrophen, Hunger, Flucht und Elend“, kommentiert Jano Albrecht von Fridays for Future.

Trotz frostiger Temperaturen herrschte auf dem Alten Markt eine mitreißende Stimmung. Die Redebeiträge von Anke Hieronymus (CSD WHV), Ute

Kirsch (Omas gegen Rechts), Vivien Jehnrich (BUND) sowie Vertreter*innen von Fridays for Future wurden mit großem Beifall bedacht. Im Anschluss zog ein Demonstrationszug durch die Straßen rund um die Altstadt und machte den Protest unüberhörbar sichtbar.

Fridays for Future hatte zuletzt gemeinsam mit den Omas gegen Rechts zum Protest aufgerufen – als Antwort auf das Einreißen der Brandmauer durch Friedrich Merz und die CDU. Mehr als 1.000 Menschen in Friesland, bundesweit sogar Hunderttausende, setzten mit ihrem Protest ein starkes Zeichen gegen den Rechtsruck. „Der Klimastreik war der logische nächste Schritt, um die Debatte zurückzuerobern“, erklärte Jonas Evers von Fridays for Future.

Der Einsatz für eine wehrhafte Demokratie und für konsequenten, sozialen Klimaschutz gehören untrennbar zusammen. Diese Themen lassen sich heute nicht mehr getrennt denken – sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Forderungen

Vor wenigen Wochen hatte die Bewegung neue Forderungen für ein klimagerechtes Deutschland vorgestellt. Die Bewegung fordert unter anderem einen klaren Plan für den Gasausstieg bis 2035. Gleichzeitig müssen Klimaschutzmaßnahmen für alle bezahlbar werden – durch eine Mobilitäts- und Wärmegarantie. Um die Transformation zu finanzieren, verlangt Fridays for Future die Besteuerung von Superreichen und fossilen Konzernen. Außerdem soll es eine Ausbildungsoffensive mit jährlich 300.000 Fachkräften für die benötigte Transformation geben. Gegen die direkten Folgen der Klimakrise fordert die Bewegung die Einrichtung eines zentralen Fonds für Klimaanpassung.

Das Januar-Plenum – Grüne setzen Impulse für ein zukunftsfähiges Niedersachsen

Das Januar-Plenum des Niedersächsischen Landtags stand ganz im Zeichen entscheidender Weichenstellungen für unsere Zukunft. Mit unseren Initiativen als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben wir starke Akzente gesetzt – für den Klimaschutz, für eine moderne Bildungspolitik und für Niedersachsen als Sportstandort von internationaler Bedeutung. Doch auch außerhalb der Plenardebatten gab es in Hannover wichtige Entwicklungen und Diskussionen, dazu später mehr. Zunächst zu unseren Anträgen:

Leben retten macht Schule – Wiederbelebungunterricht wird Pflicht

Ein besonderes Anliegen war der interfraktionelle Antrag „Leben retten macht Schule“, den wir gemeinsam mit SPD und CDU eingebracht haben. Unser Ziel: Die Einführung von Wiederbelebungunterricht als festen Bestandteil im Lehrplan aller Schulen in Niedersachsen. Ab 2026 sollen Schülerinnen und Schüler grundlegende Kenntnisse in Erster Hilfe und Reanimation erlernen – eine lebensrettende Kompetenz, die entscheidend sein kann, wenn es auf jede Sekunde ankommt. Unsere Kultusministerin Julia Willie Hamburg brachte es in ihrer Rede auf den Punkt: „Eine unverzüglich begonnene Herzdruckmassage verdoppelt bis dreifach die Überlebenschance der Betroffenen. Dadurch ließen sich Tausende Leben retten. Und wo, wenn nicht in der Schule, kann man dieses Wissen so früh wie möglich vermitteln?“ Deshalb ist es gut, dass der Antrag mit großer Mehrheit im Landtag verabschiedet wurde.

Aktuelle Stunde der Grünen: Energiewende konsequent vorantreiben

Ein weiteres Highlight des Plenums war unsere Aktuelle Stunde zur Energiewende. Unter dem Motto „In Niedersachsen mit Vernunft und Fortschritt in die Zukunft: Windräder aufbauen statt abreißen. Für saubere Energie und Grünen Wasserstoff.“ haben wir deutlich gemacht, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur eine ökologische, sondern auch eine wirtschaftliche Chance für Niedersachsen ist. Wir stehen für einen klaren Kurs: Wir wollen Niedersachsen zum Vorreiter bei der Energiewende machen – mit mehr Wind- und Solarenergie, grüner Wasserstoffproduktion, Biogas und innovativen Speichertechnologien. Statt uns von fossilen Abhängigkeiten und zögerlicher Politik bremsen zu lassen, setzen wir auf mutige, zukunftsweisende Lösungen und das haben wir deutlich gemacht.

Olympische Spiele 2040: Niedersachsen als Gastgeber

Es lebe der Sport... - auch im Plenum! Mit unserem Antrag „Niedersachsen für Olympia 2040 in Deutschland“ haben wir die Unterstützung für eine mögliche Bewerbung Deutschlands um die Olympischen Spiele 2040 bekräftigt. Wir meinen: Niedersachsen wäre bereit, als Austragungsort für einzelne Wettkämpfe mitzuwirken – eine Riesenchance für den Breitensport, die Infrastrukturentwicklung und den internationalen Austausch, oder? Sport hat die Kraft, Menschen zu verbinden und ein starkes Zeichen für Fairness, Nachhaltigkeit und

Zusammenhalt zu setzen. Und genau deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Niedersachsen ein Teil dieses internationalen Events wird. Wir dürfen gespannt sein!

Weitere grüne Schwerpunkte im Januar-Plenum:

Schutz von Kindern in sozialen Netzwerken: Gemeinsam mit der SPD haben wir einen Antrag eingebracht, der den Schutz von Kindern in sozialen Medien verbessert. Eltern sollen künftig eine behördliche Genehmigung einholen müssen, wenn sie ihre Kinder als Influencer präsentieren möchten. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen die Kommerzialisierung von Kindern im Internet und für deren Schutz in der digitalen Welt.

Mehr Sicherheit in der psychiatrischen Behandlung: Unser Antrag zur Stärkung deeskalierender Ansätze in der Psychiatrie wurde ebenfalls beschlossen – ein wichtiger Schritt für eine menschlichere und modernere Gesundheitsversorgung.

Doch nicht nur im Plenarsaal war viel los. Vor dem Landtag versammelten sich mehrere Tausend Jägerinnen und Jäger aus Niedersachsen, aber auch aus anderen Bundesländern und sogar aus der Schweiz, um gegen geplante Änderungen im Jagdgesetz zu demonstrieren. Rot-Grün möchte das Jagdgesetz hinsichtlich mehr Tierschutz modernisieren – die Jägerschaft befürchtet Erschwernisse bei der Jagdhunde-Ausbildung und bei der Jagd selbst. Es fand parallel eine Gegendemonstration von Tierschutzorganisationen statt. Trotz des brisanten Themas blieb alles friedlich.

Mehr Nachhaltigkeit, mehr Europa – Ein starkes Februar-Plenum im Landtag

Das Februar-Plenum des Niedersächsischen Landtags begann mit einer bewegenden Gedenkstunde zum dritten Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksii Makeiev, war zu Gast und schilderte eindringlich die aktuelle Situation in seinem Land.

In seiner Rede betonte Botschafter seine Exzellenz Herr Makeiev die Bedeutung internationaler Solidarität und Unterstützung für die Ukraine. Er hob hervor, wie wichtig es sei, den Menschen vor Ort Hoffnung zu geben und sie in ihrem Streben nach Frieden und Freiheit zu unterstützen. Seine Worte hinterließen einen tiefen Eindruck bei den Anwesenden und unterstrichen die enge Verbundenheit Niedersachsens mit der Ukraine.

Doch es standen auch weitere wichtige Themen auf der Agenda des Plenums. Hier ein Überblick über die zentralen Beschlüsse:

Repair-Cafés fördern – Wegwerfmentalität stoppen!

Ein defekter Toaster, ein kaputter Reißverschluss oder das liebevoll gewonnene Fahrrad mit einem Platten – oft landen solche Dinge im Müll, weil eine Reparatur zu teuer oder kompliziert erscheint. Das wollen wir ändern! Mit unserem Antrag zur Förderung von Repair-Cafés setzen wir uns für mehr Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung ein. Denn: Reparieren statt Wegwerfen ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern stärkt auch das lokale Handwerk und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unser Ziel ist es, diese wertvollen Initiativen zu unterstützen, indem wir finanzielle Mittel bereitstellen und die Gründung neuer Repair-Cafés erleichtern. Niedersachsen soll ein Land der Reparatur werden – und das wurde im Plenum auch parteiübergreifend anerkannt. Während wir Grünen von

Anfang an dafür gekämpft haben, dass diese Orte der Nachhaltigkeit und des Wissenstransfers gefördert werden, sehen mittlerweile auch andere Fraktionen die Notwendigkeit, dem Wegwerfwahnsinn etwas entgegenzusetzen.

Das Beste daran? Der Antrag wurde angenommen! Das bedeutet: Mehr Unterstützung für ehrenamtliche Reparatur-Initiativen und mehr Möglichkeiten für Bürger*innen, ihre defekten Alltagsgegenstände kostenlos oder gegen eine kleine Spende reparieren zu lassen. Ein Gewinn für alle – und ein Schritt in eine nachhaltigere Zukunft.

Mehr Europa in Niedersachsen – Weil wir Europa nicht nur verwalten, sondern leben wollen!

Europa ist für viele Menschen oft nur eine abstrakte Idee oder etwas, das „in Brüssel“ entschieden wird. Dabei profitieren wir alle ganz konkret von



EU-Förderprogrammen, sei es für den Klimaschutz, die Landwirtschaft oder den sozialen Zusammenhalt. Doch oft bleiben diese Projekte unsichtbar. Das muss sich ändern!

Unser Antrag „Europa in Niedersachsen sichtbar machen“ wurde ebenfalls beschlossen. Damit setzen wir ein starkes Zeichen für ein europäisches Niedersachsen, das seine internationale Vernetzung zeigt und von EU-Fördergeldern aktiv profitiert. Künftig sollen EU-geförderte Projekte in Niedersachsen besser gekennzeichnet, stärker beworben und noch gezielter für nachhaltige und soziale Entwicklung genutzt werden.

In der Debatte wurde klar: Europa ist mehr als Bürokratie – es ist eine Gemeinschaft, die unser Land stärkt. Ob Forschung, Bildung oder Klimaschutz – wir wollen, dass Niedersachsen eine europäische Vorzeigeregion wird. Mit unserem Antrag sorgen wir dafür, dass Europa für die Menschen in Niedersachsen greifbarer wird – und das ist gerade in Zeiten von zunehmendem Nationalismus wichtiger denn je.

Bessere Bildungschancen: Orientierung für junge Menschen stärken

Eine weitere große Baustelle: die berufliche Orientierung an Schulen. Junge Menschen brauchen Unterstützung, um ihre Zukunft aktiv zu gestalten – und das nicht erst nach dem Abschluss, sondern schon viel früher. Wir haben uns daher mit Nachdruck für die Stärkung der beruflichen Orientierung eingesetzt.

Unser Antrag stellt sicher, dass Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen künftig mehr Angebote zur Berufsorientierung erhalten. Unternehmen, Schulen und Bildungsträger sollen besser vernetzt und Beratungsangebote ausgebaut werden. Denn klar ist: Eine starke berufliche Orientierung hilft nicht nur den Jugendlichen, sondern auch unserer Wirtschaft. Der Fachkräftemangel ist real – und wir wollen, dass Niedersachsen kluge Köpfe nicht verliert, sondern fördert!

Kinder im Netz schützen: Keine Chance für digitale Gewalt



Die Digitalisierung bringt viele Vorteile – aber auch Gefahren, besonders für Kinder und Jugendliche. Ein Thema, das uns besonders am Herzen liegt: Der Schutz vor bildbasierter sexualisierter Gewalt im Internet.

Unser Antrag zur Verbesserung der Unterstützung für Betroffene wurde angenommen. Das bedeutet: Niedersachsen wird künftig spezialisierte Informationsangebote bereitstellen und Betroffene besser beraten. Denn wenn intime Bilder ohne Einwilligung verbreitet werden, ist das für die Betroffenen oft ein Albtraum. Hier müssen wir klare Kante zeigen – sowohl in der Prävention als auch bei der Hilfe für Opfer.

Mehr Schutz für Frauen: Klare Kante gegen häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt ist ein massives Problem – jeden Tag erleben Frauen Gewalt durch ihre Partner oder Ex-Partner. Es war uns deshalb besonders wichtig, mit unserem Antrag zu zeigen: Niedersachsen lässt die Betroffenen nicht allein!

Unser Antrag „Mit mehr Entschiedenheit: Häusliche Gewalt bekämpfen“ wurde beschlossen. Damit stärken wir die Beratungs- und Schutzangebote für Frauen und setzen uns für eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern ein. Denn Sicherheit darf keine Frage des Geldes sein!

Ein starkes Signal für eine nachhaltige, soziale und europäische Zukunft

Das Februar-Plenum hat gezeigt: Niedersachsen geht mit starken grünen Ideen voran. Und es gab auch Zeit für Gespräche am Rand: so konnte ich mich in Sachen Startups & Innovationen mit Florian Stöhr, dem Geschäftsführer des Seedhouse Osnaabrück und meinem SPD-Kollegen Christoph Wilke austauschen!

Kommunale Wärmeplanung – Jever macht sich auf den Weg

Die Wärmeversorgung macht in Deutschland mehr als 50 % des gesamten Endenergieverbrauchs aus und verursacht einen Großteil des CO₂-Ausstoßes. Denn rund 80 % der Wärmenachfrage in Deutschland wird derzeit durch den Einsatz von fossilen Brennstoffen wie Gas und Öl gedeckt, die aus dem Ausland bezogen werden. In Jever ist der Anteil nochmal größer – aber von Anfang an:

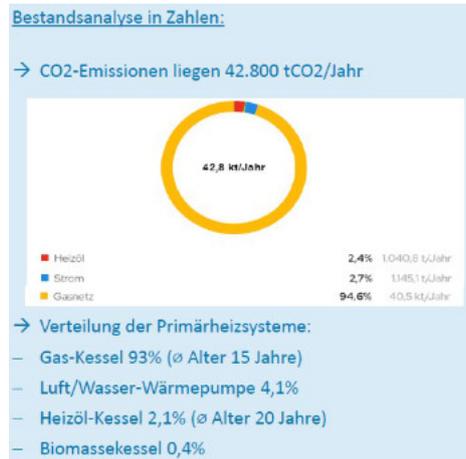
Was ist eine Wärmeplanung überhaupt? Die Kommunale Wärmeplanung ist ein langfristiger und strategisch angelegter Prozess mit dem Ziel einer weitgehend klimaneutralen Wärmeversorgung. Sie ist als integraler und eigenständiger Teil der kommunalen Energieleitplanung zu verstehen. Grundsätzlich sollte die Wärmeplanung das gesamte Gemeindegebiet umfassen und die privaten Wohngebäude, die kommunalen Liegenschaften und die gewerblichen Gebäude darstellen.

Die Kommune übernimmt bei der Planung und Entwicklung der Wärmeinfrastruktur eine sehr wichtige Rolle: Sie ist zuständig für die räumliche Planung, verfügt über die relevanten Kenntnisse und Daten zum Gebäudebestand und sie ist vielfach Inhaberin der Wegerechte und Eigentümerin der Infrastruktureinrichtungen. Sie kann durch ihre räumliche Nähe und ihren Auftrag zur Daseinsvorsorge maßgeblich dazu beitragen, die Bürgerschaft und Unternehmen für das Thema zu gewinnen. Im Ergebnis kann die Kommune die Wärmewende gezielt durch quartiersbezogene Ansätze zur verstärkten Nutzung von Wärmepumpen im Bestand oder den Bau von Wärmenetzen als Werkzeug zur Wärmeverteilung unterstützen.

In Niedersachsen müssen alle Mittel- und Oberzentren bis Ende 2026 eine Wärmeplanung erstmals erstellt haben. Jever hat sich bereits im Jahr 2024 auf den Weg gemacht, nachdem die rot-grüne Mehrheitsgruppe eine Klimamanagerin fest in die Verwaltung integriert hat.

Im Ende des fertigen Plans soll für jedes Gebäude eine klare Empfehlung zur Wärmeversorgung gegeben werden. Verpflichtend ist die Empfehlung für den Gebäudeinhaber nicht; aber durch den freien CO₂-Preis ab 2027 (erhebliche Verteuerung von Gas und Öl) kommt wahrscheinlich eine deutliche Dynamik in diesen Prozess. Darauf wollen wir vorbereitet sein.

Sehr häufig wird die Empfehlung eine Wärmepumpe sein, welche inzwischen auch im Altbau gut funktioniert und sich im Neubau als Quasi-Standard bereits durchgesetzt hat. Auch die Infrarotheizung bekommt deutlich Aufwind, weil sich mit ihr auch innenarchitektonisch ganz viel machen lässt. An der Wand, an der Decke, als Spiegel oder sogar im Fenster verbaut ergeben sich viele kreative Möglichkeiten.



Die Bestandaufnahme ist selbstverständlich der erste Schritt. Und hier offenbart sich dann auch so gleich die wichtigste Erkenntnis: 2/3 aller Gebäude sind vor 1979 gebaut und haben keine oder nur eine geringe Dämmung. Die Sanierung im Bestand wird daher die vordringlichste Maßnahme sein. Außerdem verfügen fast 95 % der Haushalte über eine Gasheizung, welche im Schnitt 15 Jahre alt ist. Hier entsteht also ein permanenter Erneuerungsbedarf.

Im Stadtkern von Jever ergibt sich eventuell eine für Friesland eher ungewöhnliche Methode der Wärmeversorgung: das Nahwärmenetz. Hier gibt es mit der Brauerei eine Industrie in Stadtmitte mit hoher Abwärmeleistung und gleichzeitig drumherum viele alte Gebäude auf kleinem Raum, welche auch noch einen hohen Wärmebedarf haben, da sie zum Teil mehrere Jahrhunderte alt sind.

Und genau da setzt die Empfehlung aus der Wärmeplanung an. Soll es nochmal ein Brennwertkessel sein oder eine moderne Wärmepumpe oder eine Infrarotheizung oder womöglich der Anschluss an ein lokales Wärmenetz? Diese Empfehlung will die Stadt Jever jedem Gebäudeinhaber geben können.

Die Lösungen können also recht vielfältig und individuell sein. Wir Grünen in Jever freuen uns, dieses wichtige Projekt angeschoben zu haben und sind gespannt auf die fertige Wärmeplanung am Ende des Jahres.

Lokales erneuerbares Potenzial:

- Abwärme-Großwärmepumpe 80 %, Biomethan 20 %

Ort: Jever	Name: Innenstadt Nord
Gebietsart: Eignungsgebiet	Gebäudeanzahl 381
Gebäudebestand: Mischgebiet (Wohnen & Büros, GHD, Öffentliche)	Ø Heizungsalter: 14 Jahre
Reduktionspotential: 6629,39 MWh/a	Wärmebedarf IST: 14,85 GWh/a
Wärmelinienichte 2040: 2.270 kWh/m x a	Wärmebedarf 2040: 10,45 MWh/a
THG-Emissionen [tCO ₂] 3863 tCO ₂ /a	Energieträger [%]
Heizlast: 13,81 MW	
Ankerkunden: Öffentliche Einrichtungen (Schulen, Theater), GHD	





Sina unterwegs von Sina Beckmann

Unsere Region hat das Potenzial zur grünen Wirtschaftskraft!

Grüne Spitzenpolitiker im Dialog mit der Wirtschaft

„Die Jade Wirtschaftsregion kann zur grünen Wirtschaftskraft Deutschlands werden – wenn wir jetzt klug investieren, Bürokratie abbauen und Tempo machen!“ Mit dieser klaren Botschaft startete die Grünen-Landtagsabgeordnete Sina Beckmann in ein intensives Gespräch mit dem Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband (AWV). Gemeinsam mit Sven Giegold, stellvertretender Bundesvorsitzender der Grünen und ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und dem Vorstandssprecher der Grünen Wilhelmshaven, Alexander von Fintel, diskutierte sie mit AWV-Präsident Tom Nietiedt, sowie den Vizepräsidenten Thomas Bruns und Maximilian Graf von Wedel und Geschäftsführer Henning Wessels über die zentralen Zukunftsfragen der Region.

Zwischen Net Zero Valley und Bürokratie-Brem- sen

Die Themenpalette war breit, doch die Richtung klar: Wirtschaft und Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen. Besonders im Fokus stand das Konzept des Net Zero Valley, das die Jade Wirtschaftsregion zum Vorreiter klimaneutraler Industrien machen soll. Sven Giegold brachte als erfahrener EU-Politiker dazu wertvolle Impulse ein und zeigte auf, dass der Net Zero Industry Act für Wilhelmshaven, Friesland und die gesamte Region ein Booster sein kann.

Energiepioniere vor Ort – Batterie-Speicher als Schlüsseltechnologie

Ein Highlight des Gesprächs war die Vorstellung eines innovativen Batterie-Speicherprojekts durch Maximilian Graf von Wedel. In Sande entsteht ein Batteriespeicher, der mit einem großen Photovoltaik-Park kombiniert wird. Der bereits in Betrieb genommene Solarpark liefert 83 MW Leistung, erweitert einen bestehenden Windpark und kann künftig durch den Speicher noch effizienter Strom bereitstellen. Zudem laufen Planungen für eine gigantische 2.000-MW-Elektrolyse-Anlage bis 2030 – ein klares Signal für die Wasserstoff-Zukunft der Region.

Gesundheit, Arbeitszeitmodelle und Bürokratie- abbau – auch hier braucht es Tempo

Doch nicht nur Energie war Thema. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik und der Bürokratieabbau standen ebenfalls auf der Agenda. „Wir können es uns einfach nicht leisten, bei Genehmigungen und Reformen, egal in welchem Bereich, weiter im Schnecken-tempo zu verharren“, betonte Sina Beckmann, die als erfolgreiche Unternehmerin aus der Erneuerbaren-Energien-Branche weiß, wo die Probleme liegen. Das Gespräch soll kein Einzelereignis bleiben – die Beteiligten wollen den Dialog fortsetzen. Ein starkes Signal für eine Region, die den Strukturwandel nicht nur verwalten, sondern aktiv gestalten will.

Mitglied werden!

Zukunft mitgestalten!

QR-Code scannen
oder direkt auf
gruene.de





Zetel von Wilhelm Wilken

Der 08.März oder was Zetel mit Auschwitz zu tun hat

Der 08. März ist eigentlich ein ganz gewöhnliches Datum.

Am 08. März 2003 stimmten die BewohnerInnen Maltas mit knapper Mehrheit für den Beitritt zur EU. Am 08. März 1976 wird Loriots „Der Lottogewinner“ erstmals im Deutschen Fernsehen ausgestrahlt. Am 08. März ist jährlich Internationaler Frauentag und in diesem Jahr gewann der VFL Bochum in München gegen den FC Bayern. Am 08. März.

Im friesischen Zetel wird seit 2018 am 08. März ein Ereignis gedacht, das in Vergessenheit zu geraten drohte: Am 08. März 1943 wurden aufgrund des von Nazis erlassenen „Auschwitz-Erlasses“ Familienangehörige der Familien Frank/Franz/Schwarz, die den Sinti zugerechnet wurden, über die Zwischenstation Bremer Schlachthof in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Kinder zwischen 5 und 15 Jahren, Frauen und Männer, die überlebten den Porajmos („das Verschlingen“), den Völkermord, dem insgesamt in Europa 500000 Sinti und Roma zum Opfer fielen, nicht.

Nur wenige überlebten die Hölle Auschwitz, traumatisiert für ihr ganzes Leben.

An der Horster Straße/Ecke Eschstraße erinnert

und informiert eine Stele aus dem Projekt „Erinnerungsorte“ seit 2018 an die Geschehnisse um die Familien und die Folgen. Frau Dr. Sander vom Schlossmuseum Jever hat sich maßgeblich für diese Stele eingesetzt, nachdem es zunächst im Zeteler Gemeinderat keine Bereitschaft gab, einem Grünen-Antrag in diese Richtung zu folgen. Man lehnte „singularisiertes Gedenken“ ab. Wir Grünen waren und sind davon überzeugt, dass Mahnen und Gedenken konkret unterlegt sein muss, dass die Ereignisse, die geschehen sind, konkret benannt werden.

Mit Nachfahren der Familien, die wir zur Gedenkstunde einladen, gestalten wir diese Feier gemeinsam. Christel Schwarz hat noch im letzten Jahr wie die Jahre zuvor ein Grußwort gesprochen. Er war Träger des Friesland-Tellers und wurde so vom Landkreis Friesland für seine Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit hoch geehrt. Leider ist er im Oktober 2024 im Alter von 76 Jahren in Oldenburg verstorben.

Aber auch in diesem Jahr war die Familie am 08. März gut vertreten und die Gruppe „Sinti Swing Oldenburg“ rahmte die Gedenk- und Mahnveranstaltung musikalisch ein. Christel Schwarz hatte immer wieder vor dem Erstarken rechtsextremer Tendenzen und Parteien einhergehend mit Hass und Hetze gegen Minderheiten gewarnt. Es gilt

ganz besonders seit diesem Jahr, diese Warnung ernstzunehmen und im Erinnern und Mahnen nicht nachzulassen. NIE WIEDER IST JETZT!





Aus dem Kreistag von Martina Esser

Glasfaserausbau sichert Zukunft in Friesland

Frieslands Mehrheitsgruppe setzt weiterhin konsequent auf den flächendeckenden Glasfaserausbau im gesamten Kreisgebiet.

Mit dem gerade beschlossenen Haushalt hat sich Frieslands Mehrheitsgruppe für die Endstufe des Ausbaurverfahrens bezüglich einer flächendeckenden Glasfaserversorgung ausgesprochen und hat damit die letzte Phase dieses bedeutenden Infrastrukturprojekts eingeleitet. Von dem geplanten Ausbaurvorhaben werden rund 15.600 Einwohner bzw. 15% der Bevölkerung Frieslands profitieren.

„Eine stabile und überall verfügbare Versorgung mit schnellem Internet ist für den Landkreis als Wirtschaftsstandort unabdingbar. Viele Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe und private Haushalte werden hiervon profitieren“, betont Jannes Wiesner, Sprecher der Mehrheitsgruppe und Fraktionsvorsitzender der SPD.

Auf Basis der oben stehenden Adresskultisse wurde am 19.09.2024 der Antrag beim Projektträger des Bundes gestellt. Dabei wurde die einheitliche Antragstellung bevorzugt, um sicher in die Fast-Lane-Förderung zu gelangen und bei einer zu dem Zeitpunkt nicht auszuschließenden Überzeichnung der Fördermittel eine hohe Wahrscheinlichkeit der Förderfähigkeit und der schnellen Entscheidung hierüber zu erhalten. Zudem wurde so das Risiko minimiert, dass Teile des Landkreises eine Förderzusage erhalten und wiederum andere (Teil-) Förderanträge abgelehnt

werden und diese Teilung dann auch innerhalb von Gemeindegebieten hätte erfolgen müssen.

„Die flächendeckende Förderung wurde gezielt so

Der Glasfaserausbau stärkt nicht nur die Wirtschaft, sondern verbessert die Lebensqualität für alle. Besonders für Menschen mit Unterstützungs- oder Pflegebedarf ist eine stabile digitale Infrastruktur essenziell – sei es für telemedizinische Angebote oder die digitale Anbindung an Versorgungs- und Hilfsdienste. Auch für Tourismus, Bildung und kulturelle Teilhabe ist eine moderne Internetanbindung von zentraler Bedeutung. Friesland setzt damit ein klares Zeichen: Jeder Mensch im Landkreis hat das gleiche Anrecht auf moderne Infrastruktur und digitale Teilhabe.

Der Glasfaserausbau stärkt nicht nur die Wirtschaft, sondern verbessert die Lebensqualität für alle. Besonders für Menschen mit Unterstützungs- oder Pflegebedarf ist eine stabile digitale Infrastruktur essenziell – sei es für telemedizinische Angebote oder die digitale Anbindung an Versorgungs- und Hilfsdienste. Auch für Tourismus, Bildung und kulturelle Teilhabe ist eine moderne Internetanbindung von zentraler Bedeutung. Friesland setzt damit ein klares Zeichen: Jeder Mensch im Landkreis hat das gleiche Anrecht auf moderne Infrastruktur und digitale Teilhabe.



beantragt, dass der gesamte Landkreis gleichermaßen von der schnellen Anbindung profitiert. So wird keine Gemeinde beim Ausbau abgehängt. Das ist uns wichtig, denn es sorgt für gleichwertige Lebensverhältnisse von Wangerooge bis in die Friesi-

Mit der bereits bewilligten Bundesförderung und der beantragten Landesförderung soll eine Gesamtsumme von rund 64 Millionen Euro in das Projekt fließen. „Das ist eine bedeutende Investition. Wer heute nicht handelt, zahlt in Zukunft einen höheren Preis – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich“, unterstreicht Gerhard Ratzel, Fraktionsvorsitzender der FDP.

Der Landkreis Friesland setzt mit diesem Projekt ein starkes Zeichen für digitale Chancengleichheit und eine zukunftsfähige Infrastruktur. Der Glasfaserausbau wird dafür sorgen, dass alle Menschen in Friesland – unabhängig von ihrem Wohnort – von den Möglichkeiten der digitalen Welt profitieren können.



Bild: Moritz Junge

Podiumsdiskussion von *Wenke Oltmanns*

Jugend, Klima und Demokratie

Fridays for Future-Podiumsdiskussion füllt Lokschuppen in Jever bis auf den letzten Platz

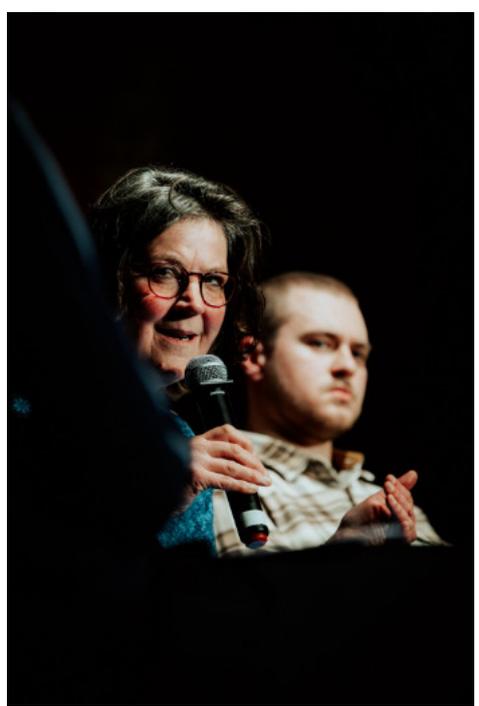
Ein spannender Auftakt ins neue Jahr und die heiße Phase des Wahlkampfes: Am 9. Januar fand in Jever eine von Fridays for Future organisierte Podiumsdiskussion mit den Direktkandidat*innen des Wahlkreises 26 statt. Die Veranstaltung bot die erste Gelegenheit, ihre Positionen kennenzulernen.

Im vollbesetzten Lokschuppen Jever diskutierten Siemtje Möller (SPD), Ulrike Maus (Grüne), Robert Wegener (FDP) und Vincent Janßen (Linke) über Jugend, Klima und Demokratie. Anne Janssen (CDU) sagte aus terminlichen Gründen ab. Der Direktkandidat der AfD, Martin Sichert, wurde von den Organisator*innen eingeladen. Thematisch war die Debatte in vier Blöcke unterteilt, sodass nach kurzen Impulsen der Kandidatinnen auch konkrete Fragen aus dem Publikum diskutiert werden konnten.

Ulrike Maus: Klare Positionen für Klimaschutz und Demokratie

Ulrike Maus, grüne Direktkandidatin aus Esens, betonte die Bedeutung der Jugend als „Seismograph der Gesellschaft“ und würdigte das Engagement von Fridays for Future als entscheidenden Treiber für klimapolitische Fortschritte. Sie sprach sich für eine stärkere Einbindung junger Menschen in politische Prozesse aus.

Beim zentralen Thema Klimaschutz forderte Maus entschlossene Maßnahmen zur CO₂-Reduktion, darunter die Wiedervernässung von Mooren und Aufforstungsprojekte. Sie hinterfragte das bisherige Wirtschaftsmodell und plädierte für eine Gemeinwohlökonomie, die ökologische und soziale Aspekte gleichwertig berücksichtigt.



In der Diskussion um Demokratie warnte Maus vor einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung durch populistische Narrative. Politik müsse besonders jene unterstützen, die am stärksten von sozialen und ökologischen Krisen betroffen sind.

Kein Podium für Klimaleugnung und Verschwörungstheorien

Die Organisator*innen luden den AfD-Kandidaten Martin Sichert bewusst nicht ein. Begründet wurde dies mit der mangelnden Gesprächsgrundlage: Die AfD leugne den menschengemachten Klimawandel und verbreite Verschwörungstheorien.

Ein Blick in den aktuellen Leitartikel der Partei bestätigt dies. Dort wird der wissenschaftliche Konsens über die Zunahme von Extremwetterereignissen ignoriert, während absurde Mythen wie der Great Reset bemüht werden. Fridays for Future stellte Sichert daher die Bedingung, sich klar von diesen Lügen zu distanzieren – was er ablehnte.

Auch das Angebot, im Publikum zu sitzen und Fragen zu stellen, schlug er aus. Trotz Kontroversen im Vorfeld war der Abend ein voller Erfolg: Eine sachliche Debatte über echten Klimaschutz – mit Kandidat*innen, die auf wissenschaftliche Fakten setzen.



Wangerooge von Peter Kuchenbuch-Hanken

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung: Ein Zukunftskonzept für Insulaner und Gäste

Die Insel Wangerooge steht vor großen Herausforderungen: Der Tourismus als wirtschaftliche Basis muss nachhaltig weiterentwickelt werden, gleichzeitig sollen die Bedürfnisse der Einheimischen stärker berücksichtigt werden. Um diesen Spagat zu meistern, hat die Gemeinde Wangerooge in einem breit angelegten Beteiligungsprozess das **Tourismus- und Lebensraumkonzept** erarbeitet. Der Leitgedanke: „Wangerooge – Zuhause für alle“.

Von der Idee zum Konzept

Bereits im Kommunalwahlkampf 2021 hatten die Grünen Wangerooger die Einführung von Bürgerräten gefordert, um Insulanerinnen und Insulanern mehr Mitsprache bei wichtigen Themen zu ermöglichen. Stattdessen entschied der Gemeinderat, mehrere Arbeitskreise zu gründen, darunter auch den Arbeitskreis „Tourismus und Lebensraum“. Hier sollten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Verwaltung und Ratsmitgliedern an Zukunftsthemen arbeiten.

Während andere Arbeitskreise mangels Beteiligung nicht zustande kamen, entwickelte sich der Arbeitskreis Tourismus zur zentralen Plattform für die Diskussion über die Zukunft der Insel. In regelmäßigen Sitzungen wurden Themen wie die Weiterentwicklung des Tourismus, der Schutz des Naturraums und die Schaffung von Wohnraum für Insulaner behandelt.

Professionelle Begleitung und Bürgerbeteiligung

2023 wurde auf Initiative der Grünen eine professionelle Begleitung durch die Beratungsunternehmen PROJECT M und Saint Elmo's Tourism organisiert. Ziel war es, die Ideen aus dem Arbeitskreis in ein fundiertes Konzept zu überführen und dabei möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner einzubinden.

Ein zentraler Baustein war die Beteiligung der Bevölkerung. Neben einer Online-Plattform für Ideen und Anregungen fanden öffentliche Veranstaltungen und Workshops statt. Die Ergebnisse einer ers-

ten Bürgerbefragung zeigten, dass viele Wangerooger Wert auf eine nachhaltige Entwicklung legen und sich mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen wünschen.

Im März 2024 startete das Auftaktforum, bei dem die wichtigsten Herausforderungen für Wangerooge definiert wurden. Anschließend folgten thematische Workshops zu Bereichen wie Lebensraumgestaltung, Klimaschutz, Wirtschaft und Infrastruktur.

Die Vision: „Wangerooge – Zuhause für alle“

Basierend auf den Ergebnissen der Workshops wurde eine gemeinsame Vision entwickelt:

„Wangerooge ist Zuhause für alle – sowohl für Insulaner als auch für Gäste. Die Insel soll ganzjährig ein attraktiver Ort zum Leben, Arbeiten und Urlauben sein. Echte Gemeinschaft schafft Verbundenheit und Nähe – geprägt von nachhaltigem Tourismus, Naturschutz und einem respektvollen Miteinander.“

Diese Vision wurde als Leitlinie für alle zukünftigen Entscheidungen festgelegt. Damit sie nicht nur auf dem Papier bleibt, wurden konkrete Maßnahmen und Schlüsselprojekte formuliert.

Schlüsselprojekte für die Zukunft

Aus dem Beteiligungsprozess sind 117 Maßnahmen hervorgegangen, darunter 14 Schlüsselprojekte und 16 Quick Wins – also kurzfristig umsetzbare Verbesserungen. Zu den wichtigsten Projekten gehören:

- Sanierung des Meerwasser-Erlebnisbads „Oase“ als zukunftsfähiges Thalasso-Zentrum.
- Neue Wohnraumkonzepte, um Insulanerinnen und Insulanern langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern.
- Nachhaltige Tourismusstrategie mit klarer Positionierung und gezieltem Marketing.

Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere im Bereich Mobilität und Klimaschutz.

Umsetzung und nächste Schritte

Im Januar 2025 wurde das Konzept offiziell vorgestellt. Der Gemeinderat hat beschlossen, zukünftige Entscheidungen konsequent an der Vision „Wangerooge – Zuhause für alle“ auszurichten. Die Umsetzung der Maßnahmen wird von einem Lenkungsausschuss begleitet, in dem Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

Die nächsten Schritte:

- April 2025: Treffen des Lenkungsausschusses zur Priorisierung der Maßnahmen.
- Sommer 2025: Erste Fortschrittsberichte zu Schlüsselprojekten.
- Regelmäßige Updates auf der Website der Gemeinde und in öffentlichen Sitzungen.

Die Beteiligung der Bevölkerung bleibt auch in der Umsetzungsphase zentral. Über eine Projektwebsite können sich Interessierte weiterhin informieren und einbringen:

➔ <https://perspektive-wangerooge.projectm.de/>

Wangerooge hat mit diesem Konzept einen wichtigen Meilenstein gesetzt – nun gilt es, die Ideen in die Realität umzusetzen.





Bild: KI-generierte Illustration (AI) erstellt mit ChatGPT

Bahnverkehr von Rüdiger Schaarschmidt

Grüne fordern die Brechung der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Osnabrück Mitgliederzuwachs und Informationsaustausch im Fokus

In diesen Tagen wurde die Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven komplett elektrifiziert und zweigleisig fertiggestellt. Das ist eigentlich ein Grund zum Feiern, beendet die Fertigstellung doch die 15 Jahre dauernden Leiden der Bahnkunden an Zugausfällen, Streckensperrungen und Schienenersatzverkehr.

Die grünen Kreisverbände Friesland, Wilhelmshaven und Wittmund fordern deshalb, jetzt die Konsequenzen aus der Fertigstellung zu ziehen, die Bahnlinie Wilhelmshaven-Osnabrück in Oldenburg zu brechen und damit in zwei Teile zu zerschneiden: Dabei geht es einerseits um die Strecke „Wilhelmshaven-Oldenburg“ und andererseits um „Oldenburg-Osnabrück“. Das machten Vertreterinnen und Vertreter der Grünen aus Friesland, Wilhelmshaven und Wittmund jetzt bei einem Pressegespräch deutlich. Aus ihrer Sicht gibt es zwei starke Argumente für die Brechung in Oldenburg, erläutert der grüne Verkehrsexperte aus Friesland, Uwe Burgenger: „Eine durchgehende Verbindung von Wilhelmshaven nach Osnabrück macht erst wieder Sinn, wenn auch der Streckenabschnitt zwischen Oldenburg und Osnabrück saniert ist. Und das ist bis 2040 nicht geplant.“

Die Bahnreisenden aus Wilhelmshaven, Wittmund und Friesland, das hat eine Erhebung ergeben, fahren zu mehr als 80 Prozent entweder nach Olden-

burg oder weiter Richtung Bremen. Weiter in Richtung Osnabrück fährt nur jeder fünfte Fahrgast. Der Streckenabschnitt „Osnabrück-Oldenburg“ leidet unter der Eingleisigkeit mit nur wenigen Begegnungsstellen und einer fehlenden Elektrifizierung. „Deshalb ist es deutschlandweit die Bahnstrecke mit den meisten Verspätungen“, weiß Uwe Burgenger, der neben seinem Amt als Kreistagsabgeordneter auch Vorstandsmitglied der Grünen in Friesland ist. „Dass ein Zug aus Osnabrück pünktlich in Oldenburg ankommt, ist die absolute Ausnahme. Diese marode Strecke mit der modernisierten Strecke Wilhelmshaven-Oldenburg zusammenzubinden, ist aberwitzig. Da wird jede Verspätung mitgenommen.“ Besonders die Reisenden in Richtung Schortens und Jever sowie Esens und Wittmund müssen derzeit bei jeder Verspätung zittern, ob sie den Anschluss in Sande noch erreichen, oder ob die Bahn sie in Sande eine Stunde auf dem kalten Bahnsteig auf den nächsten Zug warten lässt.

Dass eine Brechung der Strecke in Oldenburg für diese Reisenden ein Segen wäre, hat das Huntehochwasser im Januar 2024 bewiesen. Damals konnten die Züge aus Wilhelmshaven nur bis Oldenburg fahren und waren pünktlich. Für mehr als 80 Prozent der Reisenden war das ein Gewinn.

Die Bahnstrecke „Wilhelmshaven-Oldenburg“ ist für 1,2 Milliarden Euro zweigleisig ausgebaut und

elektrifiziert worden. Dass jetzt nicht mehr passiert, macht Uwe Burgenger wütend: „Und was plant die Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) nach diesem Ausbau? Lediglich die halbstündigen, zusätzlichen Verbindungen ab dem 20. Dezember nach Bremen werden mit elektrischen Zügen bedient. Alle stündlichen Personenzüge auf der Strecke sind weiterhin Dieseldzüge. Erst ab 2027 soll die Hälfte der Züge durch elektrische Züge ersetzt werden, der Rest soll bis weit in die 2030er Jahre hinein mit Dieselfahrzeugen betrieben werden. Das ist völlig indiskutabel. 19 Verbindungen am Tag mit 1.900 Zugkilometern oder fast 700.000 Zugkilometer im Jahr will die LNVG weiterhin mit Diesel- statt mit Elektroloks befahren. Und nach 2027 auch noch die Hälfte davon. Das ist klimapolitischer Irrsinn.“

Die Grünen und allen voran Uwe Burgenger fordern deshalb die LNVG und den zuständigen Minister Olaf Lies auf, dafür zu sorgen, dass zügig alle Diesel-Personenzüge auf der Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven durch elektrische Züge ersetzt werden. Dafür ist eine Brechung der Bahnstrecke „Osnabrück-Wilhelmshaven“ in Oldenburg notwendig. Burgenger: „Die Brechung hätte zwei wesentliche Effekte: Sie wäre klimafreundlich und die Reisenden zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg könnten sich auf die Bahn und ihre Anschlusszüge endlich einmal verlassen.“

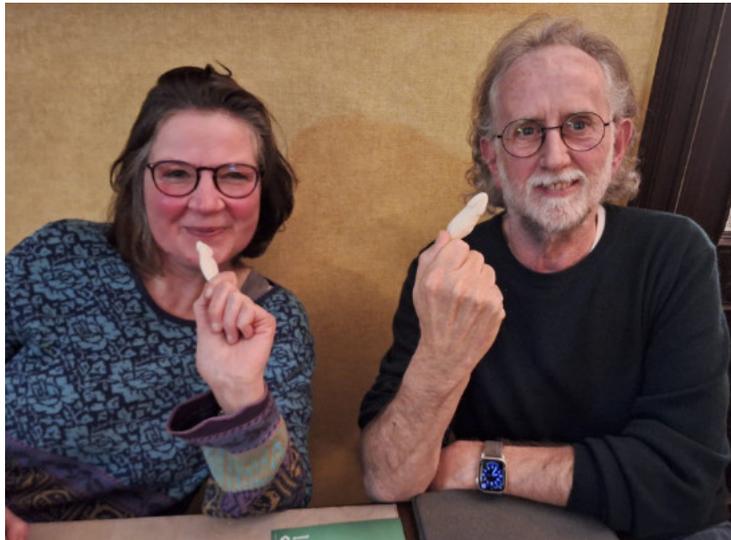
Maus trifft Mausi: Ulrike Maus im Gespräch mit Reiner Tammen

In einem eher privaten Rahmen stellte sich die Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 26, Ulrike Maus beim Politischen Stammtisch der Grünen in Jever den Fragen von Reiner Tammen, unter seinen Freunden auch „Mausi“ genannt. Auf Einladung des Ortsverbands Jeverland sollten Mitglieder ebenso wie interessierte Gäste in lockerer Atmosphäre Gelegenheit bekommen, um mit der Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen Ulrike Maus ins Gespräch kommen.

Und der Abend hielt, was er versprochen hatte. Knapp 30 Personen waren der Einladung gefolgt, um in geselliger Runde ins Gespräch zu kommen. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Grüne Ratsfrau Almuth Thomßen aus Jever folgte eine kreative Fragerunde, bei der Ulrike Maus jeweils zwischen zwei vorgegebenen Antworten wählen musste. Es ging weniger darum, Lösungen zu finden, als vielmehr darum, die Persönlichkeit der Kandidatin besser kennenzulernen. Dabei ging es beispielsweise um „Meer oder Berge“, „Theater oder Kino“, „Ordnung oder Unordnung“, „Stones oder Beatles“ und „Logik oder Bauchgefühl“. Nach einem „Warming Up“ mit diesen und anderen Alternativen konnte Reiner Tammen, seit vielen Jahren Ratsvertreter im Wangerland, Mitglied des Kreistages und stellvertretender Landrat in Friesland, mühelos auf die ernsteren Themen überleiten. Dabei erklärte er auch, warum er im Freundeskreis den Spitznamen „Mausi“ trägt und wie diese Anekdote zur Namensgebung der Veranstaltung

„Maus trifft Mausi“ führte: Tammen war als 10-jähriger extrem klein und schmal, sodass ein Junge aus einer höheren Klasse meinte, der Reiner sei so klein wie eine Maus, eigentlich noch kleiner, eher ein Mausi.

Bei den nun folgenden Fragen ging es inhaltlich richtig zur Sache. Zunächst standen die finanziellen



Probleme der Kommunen im Mittelpunkt und wie man damit in Zukunft umgehen muss. Ulrike Maus betonte, dass Bund und Länder ihre Verpflichtungen gegenüber den Kommunen besser erfüllen müssten, da bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben durch die Kommunen häufig nur rund 80 Prozent der Kosten erstattet werden. Auch der Fachkräftemangel wurde aufgegriffen. In Verknüpfung mit der Migration wurde hier deutlich, dass es Arbeitskräfte in großer Zahl gibt. Ulrike Maus und vie-

le Anwesende waren sich darin einig, dass Geflüchtete nicht als Belastung, sondern als Potenzial betrachtet werden sollten. Sie könnten durch gezielte Integration einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft leisten und so gleichzeitig dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken. „Hier gilt es, Wege zu finden, diese Menschen schnell in die Möglichkeit zu versetzen, sich hier vor Ort im Arbeitsleben zu integrieren“, so Maus. Hier nahm auch die gewollte Diskussion im Publikum richtig Fahrt auf. Von den Gästen gab es dazu viele Hinweise und Tipps, wie man vorgehen könne.

Weitere Themen waren der ÖPNV, der Individualverkehr, die Bundeswehr, Schulen und Kindergärten sowie Klimawandel und mögliche Regierungsbündnisse. Zu allen Themen gab es Antworten von Ulrike Maus, aber unter der Moderation von Reiner Tammen zugleich immer auch einen Austausch zwischen den Gästen und der Kandidatin. Neben den Mitgliedern der Grünen gab es zahlreiche weitere interessierte Gäste, die sich teilweise mit ganz anderen Ansätzen in die durchweg konstruktive Diskussion einbrachten.

So konnte Reiner Tammen nach fast zwei Stunden ein durch und durch positives Resümee ziehen: „Die Veranstaltung bot eine gute Mischung aus persönlichem Austausch und sachlicher Diskussion, was von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern angesichts andernorts oft aggressiven Auseinandersetzungen sehr geschätzt wurde.“

Das Wahlprogramm steht: Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin

Es ist ein eindrucksvolles Erlebnis: Gestern noch in der Kleinstadt in Friesland, heute im City Cube Berlin – mitten im Geschehen, wo Robert Habeck und Annalena Baerbock auf der Bühne sprechen und Kamerateams durch die Reihen eilen, um Aufnahmen für die Nachrichten zu machen.

Vier Wochen vor der Bundestagswahl ging es los, und direkt zu Beginn hielt unser Kanzlerkandidat Robert Habeck eine mitreißende Rede. Er sprach über Zuversicht und Entschlossenheit im Wahlkampf und darüber, wie wichtig es ist, den aktuellen politischen Herausforderungen mit Mut und klaren Konzepten zu begegnen. Das war ein echter Motivationsschub für den Endspurt unseres Wahlkampfes.

Besonders spannend wurde es bei der Diskussion unseres Wahlprogramms. Fast 1.900 Änderungsan-

träge hatten Grüne aus ganz Deutschland zum Vorschlag des Bundesvorstandes eingereicht. Klimaschutz, Frieden in Europa, soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltige Wirtschaft – all diese Themen standen im Fokus.

In Anbetracht der überwältigenden Anzahl an Änderungsanträgen waren wir auf einen intensiven und langen Tag vorbereitet. Doch die Konferenz war hervorragend organisiert. Im Voraus hatten wir die Möglichkeit, die Anträge zu ranken und so wurden vor Ort die Anträge diskutiert, die besonders viele für wichtig erachtet hatten. In kurzen Reden wurden die Argumente für und gegen Änderungen erläutert. Daraufhin wurde abgestimmt. Am Ende konnte man so richtig spüren, wie geschlossen wir als Partei hinter unseren Zielen stehen und dass wir gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen wollen. Und die Konferenz war fast

eine Stunde vor dem Zeitplan beendet.

Für uns aus Friesland war diese BDK nicht nur inspirierend, sondern auch ein echter Ansporn. Wir nehmen den Schwung und die Energie mit nach Hause, um hier bei uns weiter für eine gerechte und nachhaltige Zukunft zu kämpfen.

Diese Konferenz hat gezeigt: Unser Wahlprogramm steht für eine gerechte und nachhaltige Zukunft – und auch wenn das Wahlergebnis nicht unseren Erwartungen entsprach, haben wir als Partei bewiesen, dass wir gemeinsam für Veränderung eintreten. Jetzt heißt es: Dranbleiben, weiter kämpfen und unsere Vision für die Zukunft Schritt für Schritt Realität werden lassen!



Bild: KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Aus dem Landtag von Sina Beckmann

Land unterstützt ehrenamtliche Reparatur-Initiativen in Friesland

Reparieren statt Neukaufen

Jedes Jahr werden viele Tonnen Abfall verursacht, weil Geräte vorzeitig entsorgt werden, obwohl sie reparabel wären. Oft fehlt vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern dazu das nötige Fachwissen oder das passende Spezialwerkzeug. Diese Lücke füllen Repair-Cafés und ehrenamtliche Reparatur-Werkstätten. Sie sind bereits in vielen niedersächsischen Orten vertreten. Immer mehr Engagierte tragen in ihrer Freizeit durch Reparaturhilfen vor Ort zu einem ressourcenschonenden Umgang mit Produkten bei. Diese wichtige Arbeit soll nun auch finanziell unterstützt werden – das hat der Landtag auf Antrag der regierungstragenden Fraktionen in dieser Woche (26. Februar 2025) mit einem Antrag beschlossen.

Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten sich mit ihrer politischen Liste für 2025 verständigt, dass für Werkstätten eine Gesamtsumme von 400.000€ bereit gestellt werden soll. Geplant ist eine Förderung von bis zu 3.500 Euro pro Einrichtung, die als

100%iger Zuschuss für die Anschaffung von Werkzeugen o.ä. gezahlt werden soll. Auch die Reparatur-Initiativen in Schortens, Varel, Bockhorn und Zetel können von dem niedrigschwelligen Antragsverfahren und der finanziellen Unterstützung profitieren.



Ich freue mich sehr darüber, dass die Förderung des Landes bereits Ende März anlaufen wird. Dies ist sicher auch für die Repair-Cafés in Friesland von Interesse.

„Ich freue mich sehr darüber, dass die Förderung des Landes bereits Ende März anlaufen wird. Dies ist sicher auch für die Repair-Cafés in Friesland von Interesse. Ob im Kellerraum in Sande, in den Repair-Cafés in Schortens und Zetel und im Varel Reparaturcafé - in allen Werkstätten wird gemeinsam repariert, sich getroffen und geschnackt. Diese Unterstützung ist auch eine Anerkennung für das

enorme Engagement der Ehrenamtlichen“, erklärt MdL Sina Beckmann, grüne Landtagsabgeordnete aus Jever.

Die Förderung der Repair-Cafés sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg raus aus der Einweggesellschaft – hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit einer ökologischen, verbraucherfreundlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. „Es braucht mehr Anreize, damit sich Menschen häufiger gegen eine Neuanschaffung und für die Reparatur von defekten Produkten entscheiden“, so Sina Beckmann. „Uns ist wichtig, dass wir die Verbraucherinnen und Verbrauchern dabei unterstützen, lokal und nachhaltig zu handeln und damit auch noch ihren Geldbeutel zu schonen. Darüber hinaus sind Repair-Cafés wichtige Orte für nachbarschaftliche und dörfliche Vernetzung.“

Aus dem Landtag von Sina Beckmann

Land stärkt Musikkultur in Niedersachsen

10.000 € für das Friesenklang-Festival in Varel

Das Niedersächsische Kulturministerium hat bekannt gegeben, welche Projekte, Festivals, Ensembles und Chöre dieses Jahr vom Land gefördert werden.

Aus den eingegangenen Anträgen hat die unabhängige Niedersächsische Musikkommission eine Empfehlung erarbeitet und die Projekte zur Förderung vorgeschlagen. „Musik verbindet Menschen schon seit jeher. Ich bin froh, dass die Landesregierung das im Blick behält, trotz schwieriger Zeiten und knapper werdender Mittel.“

Auch das Friesenklang-Festival in Varel bekommt eine Unterstützung von 10.000 Euro. „Das sind tolle Nachrichten! Ich freue mich sehr, dass das Frie-

senklang-Festival es auf die Förderliste geschafft hat. Das bedeutet viel Rückenwind für die heimische Musikszene“, sagt die Grüne Politikerin Sina Beckmann

Mit der Landesförderung wird eine enorme Bandbreite an Musikkultur gefördert – von populären Festivals bis hin zum klassischen Orchesterprojekt. „Wir unterstützen die Vielfalt der Musiklandschaft in Niedersachsen, das stärkt die Kulturszene im ganzen Land“, erklärt Sina Beckmann.



Bild: Alex-Bracken auf Unsplash



Bild: KI-generierte Illustration, (DALL-E erstellt mit ChatGPT)

Aus dem Landtag von Kim Hüsing

Millionenzuschüsse: Mehr Busse und barrierefreie Haltestellen

Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) in Niedersachsen soll massiv ausgebaut werden, davon profitieren Friesland und der Nordwesten. „Um die Mobilitätswende voranzutreiben, braucht es ein attraktives Angebot. Mit dem Ausbau barrierefreier Bushaltestellen und der Anschaffung zusätzlicher Busse mit zukunftsweisendem Antrieb bringen wir den ÖPNV weiter voran“, sagt Grünen-Landesabgeordnete Sina Beckmann. Um die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe zu unterstützen, setzt die rot-grüne Landesregierung mit einem Rekordbetrag auf die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Allein in Friesland werden 33 Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut und erneuert. Dabei profitieren die Gemeinden Bockhorn, Sande, Wangerland, Varel und die Stadt Jever jeweils von einer 75-prozentigen Förderung durch das Land. Rund 2.082.000 € fließen so vorbehaltlich der tatsächlichen Kosten in die Region. „Ich sehe jetzt schon die Veränderungen und die Umbau-Arbeiten, wenn ich gerade in Jever unterwegs bin. Es passiert was, das ist gut. Wer mich kennt, weiß, dass ich ein Fan davon bin, nicht viel zu reden, sondern zu machen. Und hier wird jetzt gemacht - neue Bushaltestellen für nachhaltige Mobilität!“, freut sich die Jeveranerin.

Insgesamt stellt das Land in dem umfangreichen Förderprogramm 168 Millionen Euro zur Verfügung und fördert landesweit 279 Projekte. „Die Förderung dieser Projekte zeigt deutlich, dass die Landesregierung einen großen Schwerpunkt auf das Gelingen der Verkehrswende im ländlichen Raum legt. Ich bin davon überzeugt, dass das Geld auch bei uns in der Region zu spürbaren Verbesserungen im Busverkehr führen wird“, so Beckmann.



Lesung von Rüdiger Schaarschmidt

Schriftsteller Marko Martin las aus seinem Buch „... jüdisches Leben nach dem 7. Oktober“

Die allermeisten Besucherinnen und Besucher verließen den Anton-Günther-Saal in Jever nach zwei Stunden mit einem nachdenklichen Gesichtsausdruck. Die Textabschnitte, die der Berliner Schriftsteller Marko Martin aus seinem neuesten Buch „und es geschieht jetzt. Jüdisches Leben nach dem 7. Oktober“ und die anschließende Diskussion hatten deutlich gemacht: Um das Leben und die Lebensbedingungen der Menschen im Nahen Osten zu verstehen, braucht es mehr als eine Generation. Einfache Rezepte und Antworten tragen nicht. Die Geschichten, die Marko Martin erzählt hat, öffneten den Besucherinnen zugleich die Augen für eine Realität, die viele Jüdinnen und Juden heute erleben, sowohl in Israel als auch in Deutschland. Ein Besucher meinte im Nachhinein: „Es ist so wichtig, dass wir als Gesellschaft diese Stimmen hören und daraus lernen, um gemeinsam für Respekt und Zusammenhalt einzustehen.“

Das Buch von Marko Martin erzählt vom Verlust, der Angst und der täglichen Bedrohung, aber auch von Hoffnung und dem Streben nach einer besseren Welt. Der Schriftsteller greift dabei Themen auf, die sowohl das jüdische Leben in Deutschland als auch die aktuelle Situation in Israel betreffen. Dabei ging es um die Wunden, die die Massenmorde der Hamas vom 7. Oktober 2023 hinterlassen haben, ebenso wie um das Schicksal der Geiseln und um die tiefen gesellschaftlichen Verwerfungen, die auch in Deutschland spürbar sind. Martin plädierte dabei für Tikkun Olam, die „Reparatur der Welt“, und gibt den Geschichten von Einzelnen eine Stimme, um den Hass und die Polarisierung zu überwinden.

„Der 7. Oktober 2023 war ein Schreckenstag, dessen Ausmaß noch immer nicht absehbar ist“, das

machte Marko Martin bei der Lesung und seinen Antworten auf die Fragen aus dem Publikum immer wieder deutlich. Dabei beschreibt er die verschiedenen Facetten des Lebens im Jahr danach. Auf der einen Seite die sich polarisierende Öffentlichkeit, die Relativierungen und Rechtfertigungen.



Auf der anderen die Jüdinnen und Juden in Deutschland und Israel, in deren täglichem Leben nichts ist wie zuvor. Die furchtbaren Bilder, der Verlust von Freunden und Verwandten, die Angst auf der Straße hier in Deutschland, und immer wieder die Frage: Was können wir tun?

Das Jahr nach dem 7. Oktober führte Jüdinnen und Juden in verschiedene Abgründe: Immer wieder

machen sie verstärkt die Ur-Erfahrung der Schutzlosigkeit, besonders nach den Bildern und der Konfrontation mit jubelnden Islamisten in deutschen Großstädten. In Israel haben Massenmord und Massaker der Hamas tiefe Wunden gerissen. Kindergärten, Bibliotheken, Kibuzzim waren plötzlich Orte des Terrors und der Vernichtung. Ähnlich geht es jüdischen Freunden von Marko Martin in Berlin, die sich inzwischen sehr genau überlegen müssen, ob sie ihre Kinder besser in eine jüdische Kita mit Polizeischutz oder möglichst unauffällig in eine normale Kita schicken, immer in der Sorge, was geschieht, wenn die religiöse Identität ihre Kinder auffällt.

Anlass für die Lesung war der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar, an dem an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor genau 80 Jahren erinnert wurde. Marko Martin war mit seiner Lesung einer Einladung von Bündnis 90/Die Grünen in Friesland gefolgt. Zu Beginn hatten die Sprecherin des Grünen Ortsvereins Jeverland, Annika Kamplade und Rüdiger Schaarschmidt vom Kreisverband der Grünen in Friesland die Veranstaltung eröffnet. Rüdiger Schaarschmidt schloss den zweistündigen Abend mit dem hoffnungsvollen Gedicht „Rezept“ von Mascha Kaléko, einer jüdischen Dichterin, die 1936 mit ihrer Familie aus Deutschland fliegen musste und erst in den letzten Jahren eine Renaissance erlebt.

Die „Bücherstube Jever“ war an dem Abend mit einem Stand vertreten. Zahlreiche Besucher nutzen die Gelegenheit und ließen sich ihr Exemplar von Marko Martin signieren.



PKV

2031: **42%** weniger Emissionen

2045: **Klimaneutral**

Varel von Sigrid Busch

Varel geht voran – Die PKV auf dem Weg zur klimaneutralen Papierproduktion

Die Papier- und Kartonfabrik Varel (PKV) ist ein bedeutender Industriebetrieb in der Region. Um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, hat sich das Unternehmen ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Bis 2031 sollen 42 % der CO₂-Emissionen eingespart und bis 2045 sämtliche Produktionsprozesse klimaneutral gestaltet werden. Dadurch soll aus recyceltem Altpapier in einem geschlossenen, ökologischen Kreislauf neues Papier und Karton hergestellt werden.

Die Notwendigkeit der Dekarbonisierung

Die Papierherstellung ist ein energieintensiver Prozess – vor allem der Trocknungsprozess benötigt große Mengen Dampf. Bisher wurde vorwiegend auf Erdgas gesetzt, einen fossilen Energieträger, der CO₂ ausstößt. Strenge gesetzliche Vorgaben und wirtschaftliche Anforderungen machen einen Wandel nötig. Die PKV will nicht nur den Klimawandel bremsen, sondern auch den Industriestandort Varel langfristig sichern. Deshalb investiert das Unternehmen aktiv in klimafreundliche Alternativen.

Schlüsselmaßnahmen der Strategie

Um den CO₂-Ausstoß deutlich zu senken, setzt die PKV auf verschiedene innovative Technologien und Konzepte:

- **Power-to-Heat-Technologie:** Durch den Einsatz von Modulen, die mit grünem Strom Wasser in Dampf umwandeln, soll die bisherige gasbasierte Dampferzeugung ersetzt werden. Bereits seit 2019 wird ein solches Modul erprobt, um den Übergang zu erneuerbaren Energien zu erleichtern.
- **110-kV-Anschluss und Umspannwerk:** Um den

wachsenden Strombedarf für den Umstieg auf elektrische Verfahren zu decken, plant die PKV den Anschluss an das leistungsstarke 110-kV-Netz. Ein eigenes Umspannwerk könnte dabei helfen, die Hochspannung in die für den Betrieb benötigte Spannung umzuwandeln und so eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten.

- **Energieeffizienz und Abwärmenutzung:** Neben dem Umstieg auf erneuerbare Energien werden

geschlossenen Energiekreisläufen.

Auswirkungen für Varel und seine Bürger

Die umfassende Umstellung der PKV auf eine klimafreundliche Produktion bringt auch für die Stadt Varel positive Effekte. Zum einen wird der Industriestandort gestärkt, was langfristig Arbeitsplätze sichert und wirtschaftliche Impulse setzt. Zum anderen trägt die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien zur Verbesserung der regionalen Umweltbilanz bei. Ein moderner 110-kV-Anschluss und gegebenenfalls ein Umspannwerk können zudem die Stabilität der Stromversorgung fördern.



„Die PKV beweist, dass mutiger Klimaschutz und industrielle Exzellenz sich nicht ausschließen – sie wandeln Herausforderungen in Chancen und ebnen den Weg in eine nachhaltige Zukunft für Varel.“



Natürlich sind solche Umstellungen auch mit Herausforderungen verbunden. Der Ausbau der Energieinfrastruktur erfordert hohe Investitionen und eine enge Abstimmung mit regionalen Netzbetreibern, der Verwaltung, den politischen Gremien sowie eine transparente Kommunikation mit der Stadtgesellschaft. Dennoch zeigt die PKV, dass nachhaltige Industriepolitik möglich ist – und damit ein bedeutender Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet werden kann.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen. So sollen industrielle Großwärmepumpen und eine verstärkte Nutzung von Abwärme den Gesamtenergieverbrauch reduzieren.

- **Waste-to-Energy-Kraftwerk:** Nicht recycelbare Abfälle, die im Rahmen des Papierrecyclings anfallen, sollen künftig vor Ort energetisch verwertet werden. Ein eigenes Waste-to-Energy-Kraftwerk hilft, den Bedarf an fossilen Brennstoffen weiter zu senken und unterstützt den Aufbau eines nahezu

In jedem Fall werden unsere politischen Gremien sich in den kommenden Jahren intensiv mit diesem zukunftsweisenden und anspruchsvollen Thema befassen.

Weitere detaillierte Informationen zur Dekarbonisierungsstrategie der PKV könnt ihr auf der Webseite: www.pkvarel.com/dekarb finden!



Wahlkampf von Rüdiger Schaarschmidt

Maus traf ALI: Sozialpolitisches Fachgespräch in Jever

Zu einem sozialpolitischen Fachgespräch trafen sich auf Einladung des Kreisverband Friesland von Bündnis 90/Die Grünen die grüne Bundestagskandidatin im Wahlkreis 26, Ulrike Maus, und der Geschäftsstellenleiter der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland, Richard Fiebig. Die Initiative dazu ging aus vom Grünen Kreistagsabgeordneten und sozialpolitischen Sprecher seiner Fraktion, Wilhelm Wilken.

In einer lebhaften Gesprächsrunde zwischen Mitgliedern der Grünen und interessierten Bürgerinnen mit Ulrike Maus und Richard Fiebig ging es einerseits darum, die Arbeitsloseninitiative (ALI) Wilhelmshaven/Friesland und ihre Aufgaben besser kennen zu lernen. Als Fachfrau mit am Tisch saß zudem Almuth Thomßen, die fast 30 Jahre in der Schuldnerberatung des Landkreises Friesland tätig war. Geleitet und moderiert wurde die Gesprächsrunde von Rüdiger Schaarschmidt, dem Geschäftsführer des Kreisverbands Friesland von Bündnis 90 / Die Grünen.

Bei der ALI sind drei Beschäftigte in der Fachberatung tätig, in einem Gesamtumfang von weniger als einer Vollzeitstelle und finanziert durch Landesmittel, geringe Zuschüsse aus einzelnen Kommunen und Spenden. Ein erheblicher Teil dieser kommunalen Zuschüsse falle nun weg, da die Städte Wilhelmshaven und Schortens ihre Zuschüsse gestrichen haben, bedauerte Richard Fiebig. Da die ALI vor allem ergänzend und subsidiär für die Jobcenter sowie die Sozialämter und Wohngeldstellen der Kommunen tätig ist, muss die Sozialberatung

nach dem Wegfall der Unterstützung aus Wilhelmshaven und Schortens nun von den kommunalen Anlaufstellen geleistet werden. In der Folge werden dort nun die Personalkosten steigen.

Die ALI bearbeitete im Jahre 2024 mehr als 3.000 Beratungsfälle, in den Spitzenzeiten der Coronaphase waren es bis zu 6.000. Dabei geht es nicht nur um die Beratung von Erwerbslosen, sondern

fonate würden nicht beantwortet und Termine seien nicht oder nur schwer zu bekommen. Wenn es dann tatsächlich zu einem Gespräch komme, seien die Mitarbeitenden oft nur für eines der vielen Probleme zuständig. Für eine weitere Beratung muss dann ein weiterer Termin mit einem anderen Mitarbeitenden vereinbart werden. Die ALI hingegen sei auch ohne Termin persönlich und telefonisch zu den bekannten Öffnungszeiten gut zu erreichen.



auch um Rentenberatung, Sozialhilfe, Bürgergeld, Wohngeld und vieles mehr. In der Gesprächsrunde wurde schnell klar, dass dies alles nicht mit den Arbeitskräften der ALI allein zu bewältigen ist. So arbeiten die drei Fachberater nicht nur stets am Limit, sondern sie häufen zudem regelmäßig zahlreiche Überstunden an.

An der Darstellung konkreter Beispielfälle aus dem Alltag wurde schnell deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Friesland und Wilhelmshaven dringend auf die ALI angewiesen sind. Oftmals scheiterte eine schnelle Bearbeitung durch die eigentlich zuständigen Behörden schon daran, dass diese einfach nicht erreichbar seien, erklärte Fiebig. Tele-

An weiteren Beispielen macht Richard Fiebig von der ALI deutlich, dass es zwar im Großen und Ganzen zuweilen rasche Beratungen und Entscheidungen durch die Behörden gibt, aber die berechtigten Zahlungen oft erst nach Monaten geleistet werden, da weitere Abteilungen an der Umsetzung beteiligt sind. Das führt zu finanziellen Engpässen bei den Ratsuchenden. Eine Bürgerin berichtete in der Gesprächsrunde ebenfalls von konkreten Beispielen aus ihrem täglichen

Leben. Auch bei ihr ging es um Termine, die schwer oder gar nicht zu bekommen seien und um nicht fachgerechte Beratungen durch öffentliche Stellen.

Von Ulrike Maus kamen zahlreiche Fragen, die das tägliche Geschäft der ALI betrafen. Im Landkreis Wittmund, in dem sie lebt, gibt es zwar eine vergleichbare Institution wie die ALI, diese wird aber vermutlich in Kürze geschlossen. Insofern ist Ulrike Maus stark daran interessiert, die Tätigkeit der ALI auch auf den Landkreis Wittmund auszuweiten. Ob es dazu kommen kann und in wieweit dies leistbar ist, wollen die Beteiligten zeitnah prüfen.

Für die Menschen und ihre Geschichten im Einsatz gewesen

Zur Verabschiedung der beiden Wehde-Redakteure des Friesländer Boten

„Für uns ist der Friesländer Bote immer eine Herzenssache gewesen. Was uns am meisten Freude gemacht hat, sind die Menschen, die uns ihre Geschichten erzählt haben“, erklären Anja Süßmuth-Gerdes und Thorsten Soltau. Beide waren bis zur zweiten Jahreshälfte 2024 für den Friesländer Boten (FrieBo) tätig, der jeweils am Samstag erscheinenden Wochenzeitung, die 1981 durch Brigitte Meyer-Radicke gegründet wurde. Im Dezember 2024 wurden beide Redakteure durch die Gemeinden Zetel und Bockhorn in einer kleinen Feierstunde im Schulmuseum Bohlenbergerfeld geehrt und durch Bürgermeister und Ratsmitglieder verabschiedet.

Anja Süßmuth-Gerdes, aufgewachsen in Varel, lebt seit vielen Jahren in Bockhorn und hatte während ihrer Redakteurszeit insbesondere die Politik vor Ort genau im Blick. Rund 12 Jahre war sie für den Friesländer Boten tätig, bei dem sie auch volontierte. „Der Lokaljournalismus bietet eine gute und bunte Mischung“, fasst Anja Süßmuth-Gerdes zusammen, deren Erkennungszeichen ausführliche Berichte der Ratsstätigkeit in Zetel und Bockhorn waren. Ihr Tandempartner, Thorsten Soltau, der gebürtig aus Neuenburg stammt, bildete mit ihr zusammen das Wehde-Team des Friesländer Boten. „Als ich 2017 dazukam, war Anja als freie Mitarbeiterin tätig und hat mich mit vielen Themen aus der Friesischen Wehde versorgt“, erinnert sich Thorsten Soltau, „Das Schöne ist, dass wir uns in der Arbeit immer sehr ergänzt haben. In der Sache waren wir uns aber immer einig: Es geht um die Menschen, die nicht immer das Rampenlicht bekommen, was ihnen eigentlich zusteht.“

Soziale Aspekte wie das Ehrenamt, Vereinsleben, aber auch Natur und Umwelt standen bei beiden im Mittelpunkt. Der FrieBo sei von Anfang an eine durchaus grün geprägte Zeitung gewesen, resümieren die beiden Redakteure. Tier- und Umweltschutz, gesunde Stadtentwicklung, ländlicher Raum – all dies lässt sich bereits in den frühen Ausgaben finden.

Auch zu den lokalen Gruppen der politischen Grünen haben die beiden Redakteure einen guten Draht gehabt. Anträge und Beiträge der Grünen in den Gemeinderatssitzungen wurden stets berücksichtigt. „Die Leser sollen nach Möglichkeit umfangreich Informationen aus dem Artikel erhalten, als wären sie bei der Sitzung dabei gewesen“, betont Anja Süßmuth-Gerdes. Das Format des FrieBo habe dies lange möglich gemacht.

Bis zum Frühjahr 2024 haben beide Redakteure aus und für die Friesische Wehde geschrieben. „Es war eine sehr schöne Zeit“, fassen Anja Süßmuth-Gerdes und Thorsten Soltau zusammen.



Kommentar

„Es war einmal eine kleine, unabhängige Zeitung...“:

Nachruf auf den Friesländer Boten



von Waltraud Voß

Über mehrere Jahrzehnte hinweg war der „Friesländer Bote“, von den Menschen im Südkreis Friesland und der Wesermarsch auch liebevoll „FrieBo“ genannt, neben der Tageszeitung NWZ eine unabhängige Wochenzeitung mit einer sachbezogenen, neutralen Berichterstattung, in der auch über Bündnis 90/Die Grünen gleichberechtigt berichtet wurde. 1981 von Brigitte Meyer-Radicke als Herausgeberin gegründet und aufgebaut, hatte sich der „Friesländer Bote“ als profiliertes und meinungsstarkes Blatt in der gesamten Region einen Namen gemacht.

Regelmäßig waren Mitarbeiter*innen des FrieBo bei den Sitzungen der Gemeinderäte in Bockhorn und Zetel anwesend und haben ausführlich über die Lokalpolitik in der Friesischen Wehde geschrieben.

Der FrieBo war für viele Menschen eine Wochenzeitung, die am Wochenende mit Interesse gelesen wurde. Sie fanden dort wichtige Servicenummern von Notärzten, wichtige Unterstützungsangebote und auch Informationen über Anlaufstellen für seelsorgliche Angebote. Der Veranstaltungskalender berichtete umfassend darüber, was in der Friesischen Wehde jeweils gerade los ist.

Im FrieBo war über regional ansässige Betriebe und wichtige Ereignisse und Jubiläen ebenso zu lesen wie über die Aktivitäten der Sportvereine

und vieles mehr. Der FrieBo gehörte zur Pflichtlektüre, mit der das Wochenende eingeleitet wurde. Mit der Übernahme des FrieBo durch die NWZ änderte sich zunächst nur wenig. Das FrieBo-Format wurde anderen Blättern der NWZ angepasst und das äußerliche Erscheinungsbild kaum merklich verändert. Doch Schritt für Schritt gab es weniger regionale Berichte, und wenn es sie gab, waren sie zuvor fast immer bereits in der NWZ erschienen. Die Zahl der Redakteurinnen des FrieBo nahm ab, schließlich wurden sie offenbar gar nicht mehr gebraucht.

Ohne Redakteur*innen wurde aus dem FrieBo ein reines Anzeigenblatt, dessen einziges Ziel ist, kommerzielle Werbung zu verbreiten. Eine unabhängige Berichterstattung war nach der Gleichschaltung mit der NWZ offenbar nicht mehr erwünscht.

Ein ursprünglich politisch und wirtschaftlich unabhängiges Presseorgan wurde von der Nordwest Mediengruppe (NWZ) ausgenommen und darauf reduziert, mit Hilfe der aus der NWZ übernommenen Artikel Anzeigen zu verkaufen und Anzeigenbeilagen zu verteilen.

In früheren Jahren klebte auf manchen Briefkästen in der Friesischen Wehde ein Schild: „Bitte keine Werbung! Gilt nicht für den FrieBo.“ Diese Aufkleber gibt es jetzt nicht mehr. Der FrieBo ist nur noch Werbung. Die Presselandschaft in der Friesischen Wehde und der Wesermarsch ist so sehr viel ärmer geworden.



Bild: KI-generierte Illustration (DALL-E, erstellt mit ChatGPT)

Kreistag von Martina Esser

Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, sehr geehrte Vertreter: innen der Presse, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kreistagskolleginnen und -kollegen,

Über die Dramatik der Finanzlage habe ich bereits in meinen letzten beiden Haushaltsreden ausführlich gesprochen. Schon beim Haushalt 2023 war unübersehbar, dass sich die finanzielle Ausstattung der Landkreise deutschlandweit stetig verschlechterte, so auch in Friesland. Wir hatten darauf reagiert, indem nur bereits begonnene Baumaßnahmen weitergeführt und keine neuen mehr begonnen wurden.

Beim Haushalt 2024 hatte sich die finanzielle Ausstattung gegenüber den Vorjahren weiter dramatisch verschlechtert. So sehr, dass der Landkreis aus eigener Kraft keinen Ausgleich mehr erreichen konnte. 2024 hatten wir auf eine Erhöhung der Kreisumlage verzichtet, obwohl sie notwendig gewesen wäre, denn wir hatten auf einen Schulterabschluss mit den Städten und Gemeinden gehofft, um unser Anliegen in Bund und Land vorzubringen.

Ich für meinen Teil habe alles in meiner Macht stehende getan, und bei den Landesgrünen für eine angemessene Ausstattung der Kommunen geworben. Ich habe unseren Grünen Finanzminister bei jeder Gelegenheit mit der Notlage der Kommunen konfrontiert, ich habe einen Beschluss bei unserem Landesparteitag erwirkt und ich habe mit meiner Kreistagskollegin und Landtagsabgeordneten Sina Beckmann und meinem Schortenser Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Ottens ein Gespräch mit unserem Finanzminister Gerald Heere und der Innenministerin Daniela Behrens geführt. Alle verstehen

die dramatische Lage, aber entscheidend geändert hat sich Stand heute nichts.

Wer mich kennt weiß, dass ich über hinreichend Penetranz verfüge, um diese Gespräche und Aktionen weiterzuführen. Denn wir als Kommunen können uns aus dieser Lage nicht vollständig selbst befreien. Wir brauchen Entscheidungen in Bund und Land, um die Kommunen insbesondere von Aufgaben zu entlasten – denn es heißt nicht umsonst: „Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem...“

Und wenn wir über den Tellerrand hinausschauen wird es ja nicht besser. Die sicher geglaubte Weltordnung hat sich mit dem neuen Präsidenten der USA noch einmal verdreht. Was gilt heute noch? Realistisch betrachtet wird der Bund all seine Finanzkraft brauchen, um unsere Sicherheit schnellstmöglich auf eigene, europäische Beine zu stellen und gewaltige Investitionen in die Infrastruktur müssen getätigt werden. Wie groß ist da die Wahrscheinlichkeit, dass der Bund die Finanzlage der Kommunen im Fokus haben wird? Die ersten Signale von Friedrich Merz lassen für die Kommunen noch keine Hoffnung aufkommen, dass er die Not der Kommunen im Blick hat – hoffentlich täuscht mein erster Eindruck.

Schauen wir nun auf unseren Haushalt 2025. Das Fehlgeld im Ergebnishaushalt beträgt über 40 Millionen €. Die Liquidität wurde fast vollständig abgebaut – der Landkreis kommt nun um Kassenkredite nicht mehr herum. Und die Differenz des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit müsste in einem gesunden Haushalt so hoch sein, wie die Abschreibungen im Ergebnishaushalt. Die Differenz dort liegt in 2025 bei über 48 Millionen € und damit ge-

genüber dem schon schlechten Jahr 2024 um weitere 40% höher.

Die Finanzlage des Landkreises ist hochdramatisch. Und der gesamte Haushalt steht unter massivem Druck gewaltiger Herausforderungen. Wir sehen die Zahlen und können nur erahnen, wie sich das in der Verwaltung bei den Mitarbeitenden auswirkt. Es ist eine enorme Belastung, mit so vielen unbesetzten Stellen die Aufgaben zu erfüllen und dabei offensichtlich einen Mangel verwalten zu müssen.

Ich bedaure das unendlich und kann versichern – und da spreche ich sicher im Sinne aller Kreistagsmitglieder – wir wollen diese Art des Arbeitens für unsere Mitarbeiter nicht! Aber in diesen schweren Jahren geht es nicht anders. Wir wollen unsere Aufgaben im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung auch gestalten können und so Spielräume für kluge Entscheidungen eröffnen. Ich spreche den Mitarbeitern ausdrücklich Dank aus, dass sie unter diesen unbefriedigenden Rahmenbedingungen trotzdem im Sinne der Menschen in Friesland handeln, nach guten Lösungen suchen und ihr Bestes geben. Danke!

Wenn wir in verschiedene Teilhaushalte schauen stellen wir fest, dass die Sozialausgaben noch nie so hoch waren, wie in diesem Entwurf. Und dennoch ist der gesellschaftliche Zusammenhalt so sehr in Gefahr. Gerade die Ausgaben zur Stärkung der Gemeinschaft, im Sozialen und Jugendbereich, wären in diesen Zeiten notwendig, wie schon lange nicht mehr. Aber sogar hier müssen wir Kürzungen hinnehmen. Die Handlungsspielräume, wie überall, so auch in diesem so wichtigen Bereich, schrumpfen. Wir müssen sehr kritisch im Blick behalten, wie sich die Kürzungen auswirken.

Ein gravierender Teil der Belastungen entsteht für unsere Gesundheit. 2025 stehen uns tiefgreifende Veränderungen im stationären Bereich bevor. Die Kliniken müssen wirtschaftlich handeln und gleichzeitig ihrem Qualitätsanspruch genügen. Daran arbeitet das gesamte Krankenhausteam unermüdlich – und unseren Mitarbeitenden dort spreche ich einen besonderen Dank aus! Der ambulanten Versorgung kommt immer größere Bedeutung zu und die Investitionen in das ambulante OP-Zentrum in Varel sind wegweisend für eine gute Versorgung der Menschen hier und auch der für unsere Region so wichtigen Touristen.

Eine weitere wichtige Zukunftsmaßnahme betrifft die Digitalisierung der Verwaltung, auch hier werden wir nicht sparen, wir wollen bürgernahe und leicht zugängliche Dienstleistungen ermöglichen, deshalb bleibt eine leistungsstarke digitale Infrastruktur eine unserer Prioritäten. Und obwohl wir die Finanzlage der Städte und Gemeinden sehen und wissen, wie dringend sie ihr Geld für ihre eigenen Aufgaben brauchen, können wir 2025 nicht wie im Vorjahr auf eine Kreisumlagererhöhung verzichten.

Nach genauer Betrachtung der unterschiedlichen Belastungen hat die Verwaltung eine – im Verhältnis zur Dramatik der Finanzlage des Landkreises –

durchaus moderate Erhöhung um 3 Punkte vorgeschlagen. Die Erhöhung kann den Bedarf für das Haushaltsjahr 2025 bei weitem nicht decken, und immer noch ist sie nicht so hoch, wie es den Städten und Gemeinden theoretisch maximal zumutbar wäre. Aber sie tut auch in den Städten und Gemeinden weh. Wir machen das, weil die zusätzlichen Kreisumlagepunkte für eine etwas breitere Verteilung der wirklich extremen Lasten des Kreises sorgen. Diese Erhöhung ist natürlich sehr schmerzlich und bringt die schon abgeschlossenen Planungen der Städte und Gemeinden wieder durcheinander. Das macht die Erhöhung doppelt ärgerlich.

Ich möchte klarstellen, dass aus meiner Sicht die Kreisumlage wieder gesenkt werden muss, sobald die Lage des Landkreises das erlaubt. So haben wir es als Mehrheitsgruppe in den besseren Jahren immer gehandhabt. Jedes Jahr mehr, in dem wir noch investieren können, hilft dem Landkreis, notwendige, zukunftsweisende Projekte doch noch anstoßen zu können. In Zeiten des technischen und wirtschaftlichen Umbruchs können wir nicht stillstehen. Und das sei mir erlaubt, hier passt ein Zitat von Robert Habeck: „Du musst Dich bewegen, sonst gehst Du unter!“ In Zeiten wie diesen, in denen einem das Wasser bis zum Halse steht, sicher passend.

Das ist der Grund, warum wir in 2025 wieder stärker in unsere Bildungsstandorte und Gebäude investieren wollen. Dieses Jahr investiert der Landkreis wieder über 34 Millionen € und das ist richtig so. Denn – ich kann es nicht oft genug wiederholen – unterlassene Investitionen sind Schulden in der Zukunft!

Wir sehen die Zahlen in diesem Haushalt und es ist unstrittig, dass der Landkreis nicht aus eigener Kraft aus dieser Finanzlage herauskommen kann. Deshalb brauchen wir neben der Entbindung von Aufgaben auch eine deutliche Erhöhung der pro Kopf-Zuweisungen vom Land. Im bundesdeutschen Vergleich hinkt Niedersachsen um ca. 200,-€ hinterher.

Wir wollen die Zukunft Frieslands selbst gestalten, so wie es auch das Grundgesetz vorsieht. Wir brauchen wieder Handlungsspielräume! Und ich beende meine Rede wie im vergangenen Jahr:

Es muss uns gelingen, gemeinsam für eine bessere Ausstattung der Kommunen zu sorgen, denn ein dysfunktionales Gemeinwesen führt direkt in die Politikverdrossenheit und gefährdet unsere Demokratie.

Über den Tellerrand von Nicolas Breer

Was passiert eigentlich im Petitionsausschuss?

Als ich im Dezember 2023 in den Niedersächsischen Landtag nachrücken durfte, war der Petitionsausschuss derjenige, welchen ich zu übernehmen hatte. Bei anderen Sprecherposten gab es durchaus noch Verhandlungsmöglichkeiten, aber das andere Abgeordnete den Petitionsausschuss für sich haben wollten – Fehlanzeige. Nach über einem Jahr als Sprecher der Grünen Landtagsfraktion für Petitionen kann ich klar sagen: der Petitionsausschuss ist deutlich unterbewertet und voller Potenzial. Ich würde sogar so weit gehen, dass mir diese Arbeit große Freude bereitet.

Damit Du eine Idee davon bekommst, gehen wir nochmal zurück auf Anfang:

Für viele von uns politisch Interessierten eine klare Sache: Jede:r von uns hat vermutlich bereits einige Petitionen unterschrieben und wenn wir besonders überzeugt vom Inhalt waren, diese mit Nachdruck an unsere Familien, Freunde und Bekannte über WhatsApp, Signal oder per Mail weitergeleitet. Vermutlich wurde die eine oder andere auch bereits Opfer einer solchen Petitions-Spam-Offensive. Ich nehme dich mit auf die andere Seite des Petitionswesens.

Im Landtag werden die Petitionen „Eingaben“ genannt. Pro Wahl-Periode gehen etwa 6.000 Eingaben in Niedersachsen ein. Jede Petition bekommt

von der Verwaltung eine eigene Nummer (Fortlaufende Zahl/ Ausschussnummer des Petitionswesens/ die Wahlperiode) sowie zwei Berichterstatter:innen. Eine:n aus den regierenden Fraktionen (SPD oder Grüne) und eine:n aus der Opposition (CDU oder AfD). Meistens gibt es zudem eine Stellungnahme durch das zuständige Ministerium, welche helfen soll, den Fall einzuordnen. Beide Berichterstatter:innen lesen die Eingabe, besprechen diese mit ihrer Fraktion und geben dann abschließend ein „Votum“ im Petitionsausschuss ab. Votum bedeutet, wie weiter mit der Petition umgegangen werden soll. So kann beispielsweise die Landesregierung gebeten werden, die Wünsche der/des Petenten zu erfüllen oder den Grund für die Beschwerde abzuschaffen. Dann stimme ich im Ausschuss mit „Berücksichtigung“ ab. Bin ich aber der Meinung, dass die aktuelle Rechtslage in Ordnung ist und das Verfahren nicht geändert werden soll, stimme ich mit „Sach- und Rechtslage“. Zwischen diesen Möglichkeiten gibt es auch weitere Abstufungen.

Das Besondere an diesem Ausschuss ist: Ich spreche mit den unterschiedlichsten Menschen, die ihre Anliegen vorbringen, habe mit Petitionen von der Landwirtschaft über den Innenbereich bis ins Kultus- oder Sozialministerium zu tun und erhalte so auch Einblicke in Bereiche, die mich vorher nicht berührt haben. Da Politikerinnen und Politiker ger-



Bild: Brauers

Nicolas Breer ist grüner Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Meppen. Er ist Sprecher für Arbeit, Psychiatrie, Menschen mit Behinderung und Petitionen

ne reden, kommt noch eine weitere Besonderheit hinzu: Mitglieder des Petitionsausschusses können in jedem Plenum zu ihren Eingaben sprechen und das zur Primetime, direkt nach der Mittagspause. Und da gerade die Opposition auch die Regierung überstimmen möchte, ist die Präsenz im Plenum zu diesem Tagesordnungspunkt besonders hoch.

UN/SEEN: Unsichtbare Frauen im Grafik-Design sichtbar machen

Grafik-Design ist heute ein von Frauen geprägtes Berufsfeld – zumindest in Ausbildung und Studium. Doch wer sich die Geschichtsbücher, Designwettbewerbe oder Konferenzbühnen anschaut, erkennt schnell ein Ungleichgewicht: Frauen sind in der historischen und gegenwärtigen Designgeschichte massiv unterrepräsentiert. Warum? Und was kann dagegen getan werden?

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt UN/SEEN geht diesen Fragen auf den Grund. Es beleuchtet die Rolle von Frauen im Grafik-Design seit 1865 und zeigt, wie sie trotz gesellschaftlicher Hürden kreative Räume eroberten. In Archiven, Nachlässen und historischen Magazinen haben die Forschenden über 300 Designerinnen identifiziert, deren Werke heute oft vergessen sind.

Das Projekt deckt nicht nur die strukturelle Unsichtbarkeit auf, sondern auch die Strategien, mit denen sich Frauen behaupteten – etwa durch Netzwerke, Gewerkschaften oder innovative Gestaltungsideen. Auch heute sind Designerinnen mit Herausforderungen wie Gender-Pay-Gap, männlich dominierten Fachgremien und geringer Sichtbarkeit konfrontiert.



Bild: Sigrid Busch

Doch es gibt Hoffnung: Das SEEN – Around the World Symposium, das vom 9. bis 11. April 2025 in Mainz stattfindet, versammelt über 30 internationale Gestalterinnen, um globale Designtrends und Gleichstellungsfragen zu diskutieren. Damit will UN/SEEN nicht nur die Vergangenheit erforschen, sondern auch aktiv an einer gerechteren Zukunft mitwirken.

Weitere Infos gibt es auf der Forschungsplattform unseen-women.design und auf Instagram unter [@unseen.women.design](https://www.instagram.com/unseen.women.design).

Kultur für alle? Na klar! Aber bitte ohne VIP-Bändchen für die Privilegierten.

Kultur gehört uns allen. Jedenfalls in der Theorie. In der Praxis sieht es leider oft so aus, als gäbe es eine exklusive Gästeliste, auf der nur bestimmte Gruppen stehen: Hochgebildete, finanziell abgesicherte Menschen, meist aus urbanen Zentren. Und die anderen? Dürfen maximal als Zaungäste mitklatschen – wenn sie überhaupt mitbekommen, dass die Vorstellung läuft.

Ich bin Kulturschaffende und Grüne, und ich sage: Es reicht! Kultur darf kein Luxusgut sein, sondern muss in der Gesellschaft so selbstverständlich sein wie Radwege in der Stadtplanung (und ja, da ist auch noch Luft nach oben).

Kultur ist kein Nischenprodukt, sondern Lebenselixier!

Wir brauchen in Friesland Kultur, die jede*n mitnimmt – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder körperlichen Voraussetzungen. Dazu gehören faire Ticketpreise, barrierefreie Räume, mehr Diversität auf den Bühnen und in den Programmen. Kunst ist nicht nur dann wertvoll, wenn sie in teuren Galerien hängt oder mit komplizierten Fachbegriffen um sich wirft. Sie ist auch im Jugendzentrum um die Ecke, auf der Kleinkunsthöhle oder im Graffiti an der Hauswand lebendig.

Kulturförderung: Nicht nur für die, die schon sichtbar sind.

In der öffentlichen Förderung müssen hier in Friesland die leisen, sperrigen, experimentellen Projekte Platz finden. Kommunale Kulturförderung darf



„In unseren kommunalen Haushalten wird bereits gespart – weitere Kürzungen drohen. Kultur war lange unser politischer Konsens. Jetzt gilt es, einzuschreiten, damit sie nicht zum Sparopfer wird!“

nicht nur das finanzieren, was sich gut verkauft oder schicke Imagebroschüren füllt. Vielfalt bedeutet, auch Kunstformen zu unterstützen, die vielleicht nicht massentauglich sind – aber unser Denken erweitern.

Lasst uns Kultur gemeinsam neu denken!

Wir brauchen mehr Räume (körperlich und virtuell) für kreativen Ausdruck, für Partizipation und für Kunst, die nicht nur unterhält, sondern auch fordert.

Das heißt:

- ✓ Barrieren abbauen – physisch, finanziell und in den Köpfen!
- ✓ Förderstrukturen verändern – weniger Bürokratie, mehr Mut!
- ✓ Überraschung wagen – raus aus der Blase, rein ins echte Leben!

Kultur ist nicht nur ein Spiegel unserer Gesellschaft – sie kann sie auch verändern. Lasst uns dafür sorgen, dass dieser Spiegel nicht nur eine kleine Elite zeigt, sondern wirklich alle. Und ja, das heißt auch: ab und zu mal den Rahmen sprengen. 😊



Bild: Manuel von Heugel

Kreisverband von Rüdiger Schaarschmidt

Neumitgliedertreffen der friesischen Grünen in Jever

Mitgliederzuwachs und Informationsaustausch im Fokus

Mit aktuell 209 Mitgliedern verzeichnet der Kreisverband Friesland so viele Mitglieder wie noch nie. Das war Grund genug für den Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Mitte Januar zu einem Neumitgliedertreffen einzuladen. Dieses fand im Parkhotel Jever statt. Angesichts des kontinuierlichen Mitgliederwachstums und der wachsenden Vielfalt im Kreisverband war dieses Treffen deshalb von besonderer Bedeutung. Dazu waren neue Mitglieder aus Bockhorn, Zetel, Jever, Schortens, Sande, Varel sowie dem Wangerland und der Insel Wangerooge angereist.

Unter der Moderation der Kreisvorsitzenden Dr. Jutta Helmerichs konnten sich neue Mitglieder, der Kreisvorstand, die niedersächsische Landtagsabgeordnete der Grünen, Sina Beckmann, sowie einige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger untereinander bekannt machen, über ihre Motivation für den Beitritt und mögliche Einsatzbereiche für ihr Engagement berichten und ihre Erwartungen an den Kreisverband formulieren.

Kreisgeschäftsführer Rüdiger Schaarschmidt, der das Treffen zusammen mit Dr. Jutta Helmerichs geplant hatte, gab nach einer persönlichen Vorstel-

lung der 23 erschienenen neuen Mitglieder einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Kreisverbandes sowie die Struktur und den Aufbau von Bündnis 90/Die Grünen von den Ortsgruppen über den Landesverband bis zur Bundesversammlung. Außerdem wurden verschiedene Aktivitäten des Kreisverbandes und der Ortsverbände und bevorstehende Versammlungen, politische Aktionen und andere Veranstaltungen vorgestellt.

Unter der Fragestellung „Was kann ich als Mitglied der Grünen in Friesland politisch tun“ berichteten der Fraktionsvorsitzender der Grünen im jeverschen Stadtrat, Kalli Oltmanns, sowie sein Kollege Wolfgang Ottens aus Schortens von konkreten Beispielen, welche Gestaltungsmöglichkeiten sich in der Kommunalpolitik ergeben. Anschließend stellte Wenke Oltmanns, Mitglied des Social Media-Teams des Kreisverbandes die Aktivitäten der Grünen in Friesland in den sozialen Medien vor und lud zu Mitarbeit ein.

Das Neumitgliedertreffen bot außerdem einen Ausblick auf kommende Aktionen und die vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten im Kreisverband Friesland. Diese sollen genauer bei einem Treffen

Ende April besprochen werden, wenn es um thematische Arbeitsgruppen zu kommunalpolitischen Themen gehen soll. Anschließend nutzten die neuen Mitglieder in mehreren Tischgruppen die Möglichkeiten zu einem regen Austausch über ihre jeweilige Situation vor Ort.

Einig war der Vorstand sich darin, angesichts der rasanten Mitgliederentwicklung solche Treffen für neue Mitglieder noch häufiger anzubieten. Ziel ist dabei die Vernetzung der Mitglieder untereinander, die Transparenz politischer Prozesse und Entscheidungen sowie die Beteiligung möglichst vieler Mitglieder an der politischen Willensbildung im Kreisverband. Insofern war dieses Treffen deshalb ein wichtiger Schritt, um neue Mitglieder zu integrieren und ihr Engagement für die grüne Sache zu fördern.

Der Andrang für das Treffen war bereits im Vorfeld so groß, dass kurzfristig der Raum gewechselt werden musste. Dennoch fanden längst nicht alle neuen Mitglieder Platz. Deshalb wird es noch vor der Sommerpause ein weiteres Treffen dieser Art geben.



Kreisverband von Rüdiger Schaarschmidt

Neujahrsempfang mit Frank Bsirske: Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung Zurück in die Vergangenheit oder in eine klimaneutrale Zukunft

Mit einem klaren sozialpolitischen Appell zur Bundestagswahl hat Frank Bsirske, ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender von ver.di und Bundestagsabgeordneter der Grünen, als Hauptredner des diesjährigen Neujahrsempfangs des Kreisverbandes Friesland von Bündnis 90/Die Grünen deutliche Akzente gesetzt.

Bei dem Empfang im Waisenstift Varel vor knapp 100 Gästen zeichnete Bsirske ein düsteres Bild der aktuellen Entwicklungen: Die konservativen Kräfte in Europa, insbesondere die Union, wollten zurück in die Vergangenheit, anstatt die notwendigen Zukunftsinvestitionen auf den Weg zu bringen und unser Land zu modernisieren. „Friedrich Merz setzt auf die Antworten von gestern und ignoriert die großen Herausforderungen unserer Zeit“, betonte Bsirske.

Die Union sei nicht nur rückwärtsgewandt, sondern gefährde auch die soziale Gerechtigkeit und den klimagerechten Umbau. Bsirske führte aus, dass die Union Steuersenkungen für Reiche plane, während soziale Leistungen gekürzt und das Bürgergeld abgeschafft werden sollen. „Das ist keine Politik für die Menschen, das ist Politik für Privilegierte“, so Bsirske.

Er hob dabei die Errungenschaften der Grünen in der Ampelkoalition hervor: „Wir haben in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass Ökologie und Soziales Hand in Hand gehen können. Der klimagerechte

Umbau der Wirtschaft und der Ausbau erneuerbarer Energien sind zentrale Bausteine, um Wohlstand und sozialen Zusammenhalt zu sichern.“

„Die Bundestagswahl 2025 ist eine Richtungswahl. Es geht um nichts weniger als die Verteidigung der Demokratie und die Sicherung einer lebenswerten Zukunft. Der Umbau zu einer klimagerechten Wirtschaft muss konsequent weiterverfolgt werden, ohne dabei die soziale Dimension aus dem Blick zu verlieren.“ Mit diesem klaren Bekenntnis rief Frank Bsirske die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, am 23. Februar für eine zukunftsgerichtete Politik zu stimmen und den Angriffen konservativer und rechtsradikaler Kräfte entschieden entgegenzutreten.

Zu Beginn hatten die beiden grünen Kreisvorsitzenden Dr. Jutta Helmerichs und Cornelius Geertsema bei ihrer Begrüßung allen Mitgliedern und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern für ihr großes Engagement gedankt. Jutta Helmerichs erinnerte an die noch vor allen liegenden Wochen des Wahlkampfes und sprach die Hoffnung aus, dass es ein fairer und demokratischer Wettbewerb bleiben möge.

Anschließend hatten der Landesvorsitzende der Grünen in Niedersachsen, Dr. Alaa Alhamwi und die friesische Landtagsabgeordnete Sina Beckmann die Grünen im Kreisverband auf den Wahlkampf eingestimmt. Sina Beckmann bedankte sich dabei

bei Ulrike Maus für ihre Kandidatur im Wahlkreis Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven und bei allen, die sich im Wahlkampf engagieren. Dr. Alaa Alhamwi kritisierte die Politik der Union, die den Weg in die Zukunft blockiere: „Statt Lösungen zu fördern, stellt sie klimafreundliche Innovationen wie Grünen Stahl in Frage und droht Eingebürgerten mit dem Verlust der Staatsbürgerschaft. Diese Politik spaltet und gefährdet das, was uns stark macht – unseren Zusammenhalt und unseren Wohlstand.“ Ein Zeichen der Hoffnung sind für Alhamwi die vielen neuen Mitglieder der Grünen. „Letzte Woche haben wir in Niedersachsen die Marke von 15.000 Mitgliedern überschritten – und heute sind wir schon rund 15.500. Das zeigt: Grün ist nicht nur wichtig, sondern unverzichtbar, gerade in diesem Wahlkampf.“

Für den musikalischen Rahmen sorgte der ostfriesische Liedermacher Gent Salverius, der mit seinen persönlichen und politischen Songs die programmatischen Themen und Inhalte des Abends bruchlos ergänzte, vertiefte und interpretierte.

Der Neujahrsempfang, moderiert von Kreisgeschäftsführer Rüdiger Schaarschmidt, war damit nicht nur eine zu Beginn eines jeden Jahres übliche Zusammenkunft, sondern setzte diesmal Dank der inhaltlich prägnanten und analytischen Rede von Frank Bsirske einen klaren sozialpolitischen Akzent.

Bislang nur eine Grüne Hausnummer in Jever: Almuth Thomßen zu Besuch in der Altstadt

Wer in Jever ein sogenannte Grüne Hausnummer sucht, der oder die muss beinahe Pfadfinderin sein. Denn bislang gibt es nur ein Haus in der Innenstadt mit einer solchen Nummer. Vermutlich haben die wenigsten bislang von einer Grünen Hausnummer gehört. Die Grüne Ratsfrau und stellvertretende Bürgermeisterin Almuth Thomßen aus Jever lebt seit vielen Jahren in der Stadt und wusste deshalb gleich, wo sie fündig wird.

Annett Janßen wohnt bereits seit über 30 Jahren in ihrem Altstadthaus im Tatergang. Irgendwann stand die Entscheidung an: Abreißen oder grundsaniern. Zusammen mit ihrer Frau entschied sie sich für die Sanierung. Die beiden Frauen hängen an dem inzwischen 115 Jahre alten Haus. Neben ihrer emotionalen Bindung an das alte Gemäuer spielten auch ganz praktische Gründe eine Rolle: „Bei einem Abriss wären die Abrisskosten dazu gekommen. Außerdem gelten für einen Neubau andere Abstände zum Nachbargrundstück. Im Übrigen hat es uns einfach nicht gefallen, ein neues Haus dort hinzusetzen, wo das alte Haus steht, das wir lieben.“ Doch ein Altbau ist bei einer Sanierung immer für Überraschungen gut: „Wir haben beim Abriss sehr viel selbst gemacht und haben dabei so manche Dinge erleben müssen, auf die wir gerne verzichtet hätten. So mussten wir feststellen, dass die Statik im Obergeschoss anders war, als sie hätte sein müssen. Da muss man dann aufpassen, dass einem das Haus nicht zusammenfällt.“

Während der Sanierung und des Umbau sind die beiden Frauen bei einer Freundin in Schortens untergekommen. Einschließlich einer Erholungspause zwischendurch hat es rund ein Jahr gedauert, bis sie in ihr saniertes Haus zurückkehren konnten. Das, was möglich war, haben die beiden in Eigenarbeit gemacht. Für die Grüne Hausnummer haben sich die Frauen vor 10 Jahren beworben: „Wir haben es bisher noch keinen Tag bereut, es ist für uns persönlich ein schönes Gefühl und Wertschätzung, das wir alles richtig gemacht haben. Wir wollten ökologisch handeln und dabei keine halben Dinge machen.“ Jetzt hat das alte Haus eine Wärmepumpe und im ganzen Haus Fußbodenheizung und ist gut isoliert. Das obere Stockwerk ist in Holzrahmenbauweise neu entstanden, mit besseren Energiewerten als unten im Bestandshaus. „Heute hier zu leben ist ein ganz anderes Lebensgefühl. Wir haben die Zimmeraufteilung geändert und haben jetzt überall große Glasflächen, auch im oberen Stockwerk, durch den Kubus als moderne Komponente. Es gibt mehr gerade Wandflächen und auch vom Raumklima ist es nicht vergleichbar mit vorher.“ Auch die Energiekosten sind deutlich geringer. Damit der neue Kubus nicht die Ansicht der Straße sprengt, hat der Architekt ihn oben etwas nach hinten versetzt. Jetzt ragt der Kubus zwar hinten etwas heraus, fällt dort aber weniger auf. Platz gab es auf dem kleinen Innenstadtgrundstück neben etwas



Bilder: Jonas Osawold

Garten auch noch für zwei Garagen für das Auto und die Fahrräder. Beide sind mit einem Gründach versehen. Dort tummeln sich jetzt im Sommer die Insekten. Wer demnächst als Besitzer eines alten Hauses vor einer ähnlichen Situation steht, wie Annett Janßen und ihre Frau, die beiden würden in jedem Fall zu einem Umbau raten.

Mit der „Grünen Hausnummer“ zeichnet die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen besonders energieeffiziente und damit klimafreundliche Wohngebäude aus. Mit der Auszeichnung sollen gute Beispiele für energieeffizientes Bauen und Sanieren gewürdigt und für die Öffentlichkeit

sichtbar gemacht werden. „Gute Beispiele regen zum Nachahmen an“, sagt die Grüne Ratsfrau Almuth Thomßen. Sie zeigen, wie ein energieeffizientes Haus in der Praxis aussieht und machen anderen Lust darauf, auch das eigene Haus fit für die Zukunft zu machen.“

Thomßen: „Der Gebäudebereich in Deutschland verursacht jährlich rund 30 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen. Durch eine Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude könnte dieser Ausstoß erheblich reduziert werden. Dazu ist es unverzichtbar, dass Eigentümerinnen und Eigentümer aktiv werden und ihr Haus auf den neuesten energetischen Stand bringen.“

Bisher wurden in Niedersachsen bereits rund 1.800 Gebäude mit der „Grünen Hausnummer“ ausgezeichnet. In Friesland werden Grüne Hausnummern seit 2017 verliehen. Bislang gab es 16 solcher Auszeichnungen für energieeffizientes Sanieren und Bauen. Im Sommer 2025 endet die nächste Bewerbungsrunde. Interessentinnen und Interessenten wenden sich in Friesland an die Klimaschutzmanagerin Amelie Bruns und klimaschutz@friesland.de. Den Bewerbungsbogen und weitere Informationen gibt es auch online.



Innovative Landwirtschaft in Neuharlengersiel: Ein Besuch bei "Edelpilze vom Grafthof"

Inmitten der schönen Landschaft Ostfrieslands liegt der Grafthof in Neuharlengersiel, wo Eckard "Eggi" Janssen seit 2020 mit Leidenschaft Bio-Edelpilze züchtet. Vor Kurzem besuchten Sina Beckmann, Sprecherin für Startups und Innovationen der niedersächsischen Grünen im Landtag, ihr Kollege Christian Schroeder, ernährungspolitischer Sprecher der Fraktion, sowie die Bundestagskandidatin Ulrike Maus (Wahlkreis 26: Friesland, Wittmund, Wilhelmshaven) den Hof, um mehr über diese innovative Form der Landwirtschaft zu erfahren.

"Es ist wirklich klasse zu sehen, wie hier in Neuharlengersiel, quasi um die Ecke, innovative und nachhaltige Landwirtschaft betrieben wird. Edelpilze vom Grafthof ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man Tradition und Moderne verbinden kann - und die Produkte sind wirklich lecker", betonte Beckmann während des Besuchs. Mit Pilzsporen angeimpfte Aufzuchtballen, Regale voller Pilzblöcke in unterschiedlichen Aufzucht-Stadien, Sprühnebel-Systeme für die optimale Luftfeuchtigkeit, so sieht es bei „Eggi“ aus. Fürs Auge war das alles beeindruckend, doch der Geschmackstest stand noch an. „Mein Highlight ist die vegetarische Currywurst - phantastisch, wie das umgesetzt wurde, sowohl von der Konsistenz als auch vom Geschmack.“

Und es gibt nicht nur die Currywurst zu kaufen. Der Hofladen des Grafthofs bietet eine Vielzahl regionaler Produkte an, darunter erntefrische Edelpilze, leckeres Eis, vegane Bratwurst aus Pilzen, Hybrid-Bratwürste aus Wildschwein und Pilzen, Eier und auch selbstgemachte Marmelade. Besonders die frischen Kräuterseitlinge und Shiitake-Pilze erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Kunden. Der Hofladen ist rund um die Uhr zur Selbstbedienung geöffnet, sodass Besucherinnen und Besucher jederzeit die Möglichkeit haben, die Köstlichkeiten zu erwerben.

Christian Schroeder, selbst Koch und fasziniert von der Vielfalt der Edelpilze, hob die gesundheitlichen Vorteile hervor: "Sie sind nicht nur eine schmackhafte Bereicherung in unseren Küchen, sondern leisten auch einen wertvollen Beitrag zu einer ausgewogenen Ernährung. Ich kann da nur betonen:



Esst mehr Pilze!" Außerdem wollen Sina Beckmann und Christian Schroeder auf Landesebene prüfen, wie man solche Unternehmung fördern kann. Denn innovative Ansätze, gerade für die Landwirtschaft, sind für das Agrarland Nr.1 Niedersachsen besonders wichtig.

Denn diese Lebewesen, näher mit Tieren als mit Pflanzen verwandt, sind wahre Kraftpakete für die Gesundheit. Sie enthalten wertvolle Vitamine wie B2 (Riboflavin) und B3 (Niacin), die den Energiestoffwechsel unterstützen. Zudem sind sie reich an

Mineralstoffen wie Kalium, Phosphor und Kupfer und enthalten antioxidativ wirkendes Selen. Mit ihrem hohen Ballaststoffanteil fördern sie die Verdauung und stärken das Immunsystem. Da sie zudem kaum Fett enthalten, sind sie eine gesunde Zutat für eine bewusste Ernährung.

Eckard Janssen, der sein Hobby zum Beruf gemacht hat, erklärte: "Unsere Mission ist es, den Menschen die Vielfalt und den Geschmack von unseren Edelpilzen näherzubringen. Wir freuen uns über das Interesse und die Wertschätzung unserer Arbeit - hier auf dem Hof, in den verschiedenen Gastronomie-Betrieben und direkt auf den Wochenmärkten". Nachdem er und seine Familie 2020 die Schweine-zucht aufgeben mussten, stand ein Neuanfang an. Ferienwohnungen auf dem Hof wurden ausgebaut und die Pilzzucht wurde von der Freizeitbeschäftigung zum Haupterwerb.

Und auch Ulrike Maus betonte die Bedeutung regionaler Produkte: "Es ist wichtig, lokale Betriebe zu unterstützen, die mit Leidenschaft und Hingabe arbeiten. Eggi und die „Edelpilze vom Grafthof“ zeigt, wie hochwertige Lebensmittel direkt aus unserer Region kommen können. Es ist jetzt unsere politische Aufgabe, diese nachhaltigen Produkte auch in die Schulen und Kitas zu bekommen".

Der Besuch der politischen Runde unterstrich ein Mal mehr die Bedeutung von Innovation und Nachhaltigkeit in der niedersächsischen Landwirtschaft und hob die wertvolle Arbeit regionaler Produktion hervor. Ein Ausflug zum Grafthof in Neuharlengersiel lohnt sich übrigens nicht nur für Feinschmecker, sondern für alle, die regionale und nachhaltige Produkte schätzen.

Aufnahme des 200. Mitglieds - 40 Prozent mehr Mitglieder binnen Jahresfrist

Der Kreisverband Friesland von Bündnis 90 / Die Grünen ist in den letzten Wochen seit dem Ampel Aus kräftig gewachsen. Seit Anfang November sind zahlreiche neue Mitglieder hinzugekommen. „Direkt zu Beginn des Jahres haben wir heute das 200. Mitglied in Friesland aufgenommen. Das ist für uns Rekord. So viele waren wir noch nie,“ freut sich die grüne Kreisvorsitzende Dr. Jutta Helmerichs.

Damit folgt der Kreisverband Friesland einem bundesweiten Trend. Seit dem Ende der Koalition mit der FDP gibt es einen regelrechten Neumitglieder-Boom. Deutlich mehr als 20.000 neue Mitglieder verzeichnen die Grünen bundesweit, und ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar.

„Mit den Neueintritten verbinden wir den klaren Auftrag, uns im Bundestagswahlkampf für die grü-

nen Werte und Ziele einzusetzen und dies nach Möglichkeit nach dem 23. Februar in praktische Politik umzusetzen,“ erklärte Jutta Helmerichs. Der Kreisvorstand sieht einen deutlichen Zusammenhang zwischen der hohen Zahl an Neuzugängen und den veränderten politischen Perspektiven. „Außerdem herrscht bei uns im Kreisverband ein freundliches und sehr wertschätzendes Miteinander, das melden uns neue Mitglieder immer wieder zurück“. Besonders freut sich Helmerichs darüber, dass auch wieder eher jüngere Menschen zu den Grünen kommen: „Das Durchschnittsalter unserer Mitglieder ist durch die vielen Neueintritte signifikant jünger geworden“.

Deutlich wird die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren auch bei den Aktivitäten der Partei in Friesland. Auch zu thematisch eher unspektakulären

Mitgliederversammlungen kommen immer mehr Mitglieder, ebenso wie beispielsweise zum politischen Stammtisch der Jeverländer Grünen und anderen Treffen. „Wir kommen aus einer Zeit, in der uns der politische Gegenwind heftig ins Gesicht blies und in der von einigen speziell die Grünen für alles und jedes verantwortlich gemacht wurden. Dieser Wind hat sich jetzt gedreht. Die Unterstützung, die wir derzeit von den Menschen erfahren, macht uns Mut und sorgt für kräftigen Rückenwind“.

In den letzten 12 Monaten hat die Zahl der Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen in Friesland um mehr als 40 Prozent zugenommen. Das 200. Mitglied ist eine Frau aus Jever. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat der Grüne Kreisverband schon 221 Mitglieder.

Politischer Stammtisch der Jeverländer Grünen „on Tour“ in Wayens

Aus einer großen „Schweineerei“ wurde ein Energiepark für die Zukunft

Dass hier einmal über 900 Schweine lebten und wuchsen, davon ist heute nichts mehr zu sehen. Dafür aber zwei mächtige Fermenter, ein Nachgärer und mehrere Blockheizkraftwerke. Daneben eine große Lagerstätte für jede Menge Mist, zwei Windenergieanlagen und eine große Halle mit PV-Anlagen auf dem Dach.

In jedem Fall ist das genug Potential für einen „Grünen Stammtisch on tour“. Der Grüne Stammtisch des Ortsverbandes Jeverland von Bündnis 90/Die Grünen ist inzwischen ein fester Begegnungs- und Diskussionsort für aktuelle und auch kontroverse Themen. Und jedes Mal sorgt Ratsfrau Almuth Thomßen für fachlich versierte Referentinnen und Referenten. Trifft sich der Stammtisch in der Regel im Parkhotel in Jever, hatte Almuth Thomßen für dieses Treffen ins Wangerland eingeladen, um den Energiepark der Familie Gerken in Wayens kennenzulernen. Hier konnten Grüne und Interessierte praktisch erleben, wie erneuerbare Energien auf dem Land erzeugt werden, und das schon seit über 30 Jahren. Der Kontakt war durch das grüne Ratsmitglied Reiner Tammen aus dem Wangerland schnell hergestellt, haben Reiner Tammen und Familie Gerken durch Tammens langjährige Ratsarbeit doch seit vielen Jahren einen guten Kontakt.

Neben Fritz Gerken, seiner Frau Helma und Sohn Gero gehören vier festangestellte Mitarbeiter zum Team des Energiehofes. Nach einer kurzen Einführung und einem Blick auf die Schaltzentrale der Anlage, von der aus sich über große Bildschirme die Abläufe der Biogasanlage kontrollieren und steuern lassen, geht es in einem Rundgang über die weitläufige Anlage. „Die älteste Windkraftanlage (WKA) stammte noch aus den 90er Jahren. Das war damals mit 75 kW die erste WKA im Wangerland. Seit 2020 ist sie aus der Förderung raus“, erläutert Fritz Gerken, „seitdem kriegen wir nur 2 Cent pro kWh als Einspeisevergütung. Die Anlage ist jetzt zu klein. Deshalb nutzen wir 30 Prozent des produzierten Stroms aus den beiden WKA für die Biogasproduktion“, und zeigt auf eine neuere Anlage. Doch auch sie soll demnächst bereits repowert werden, „die neue hat dann 6 MW Leistung.“ Weiter geht es zum Mistlager. Fritz Gerken erklärt das Konzept: „Wir haben 30 Container bei Landwirten stehen, darin holen wir den Mist hierher. Es gibt viele Grünlandbetriebe, die keine Äcker haben und im Winter können die Landwirte den Mist wegen der neuen Dünge-

verordnung nicht abbringen. Deshalb haben wir manchmal auch zu viel Mist, den lagern wir hier“. Aus dem Lager wird der Mist in eine Art Häcksler gebracht und dort geschreddert, um anschließend mit einer sich drehenden Spirale, der „Schnecke“ in den Gärraum der Biogasanlagen zu gelangen.“

Auf dem Weg zu den verschiedenen Generatoren erzählt Fritz Gerken mehr über die Geschichte des Hofes. Bis in die 2000er Jahre gab es hier eine Schweinehaltung mit bis zu 900 Schweinen, die bei der Schlachtereier Oltmanns in Jever verarbeitet wurden. Dann fielen die Preise, in den Supermärkten wollten die Verbraucher lieber Billigfleisch aus Osteuropa haben. „Wir haben dann überlegt, einen neuen Schweinestall zu bauen, in dem die Schweine auf Stroh gehalten werden.“ Diese Haltung wäre allerdings auch teurer geworden, doch die Schlach-

m³ Gas pro Jahr produzieren, das sind dann 650 kW.“ Doch in Wayens ging es noch mehr. Die Anlagen auf dem Hof der Gerkens werden über die Strombörse in Leipzig gesteuert und geregelt. Der Strom wird dann verkauft, wenn er benötigt wird. Es ist möglich, das Gas für 12 Stunden in den Gaslagern der Anlage zu speichern und dadurch den Strom bedarfsgerecht zu verkaufen. „Mit Hilfe der Broker in Leipzig gelingt das meistens. Das Problem an diesem Standort hier im Wangerland ist, dass die Stromnetze die Energie nicht immer aufnehmen können, wenn alle Windkraftanlagen voll einspeisen. Auch die stromgeregelt Biogasanlage in Wayens wird dann durch die Netzleitstelle der EWE in Oldenburg vom Netz getrennt und wir müssen dann das überschüssige Gas abfackeln“, sagt Fritz Gerken mit einem Stirnrunzeln. „Wir haben das Problem, dass wir nicht wissen, wann diese Schaltungen vorgenommen werden. Sie führen dazu, dass wir unsere Prognose in Leipzig nicht einhalten können. Dazu muss man wissen, dass der Strom, der gerade produziert wird, bereits verkauft ist. Im Abschaltfall muss der Broker also für Ersatzenergie sorgen. Und wir wissen oft nicht, wann wir die Biogasanlagen füttern können.“

Schnell wird den Gästen deutlich, dass Leben und Arbeiten auf dem Energiehof nur noch wenig mit der klassischen Landwirtschaft zu tun hat. Nach dem Rundgang treffen sich die Gäste mit der Familie



tereien winkten ab: zu teuer.“ So kamen die Gerkens auf die Biogasanlagen. „Wir haben damals mit 360 kW angefangen, mit zwei LKW-Motoren à 180 kW. 2007 kamen neue Motoren mit einem besseren Wirkungsgrad. Heute hat ein Blockheizkraftwerk (BHKW) 900 kW, nach einem Umbau läuft es wieder. Dazu gibt es noch ein weiteres BHKW. „Die brauchen wir alle für die Produktion von Energie. Dazu gibt es noch eine Solaranlage mit 60 kW Leistung für den Eigenstrom.“ Wenn es einmal eine sogenannte Dunkelflaute gibt, also nachts kaum Windenergie erzeugt werden kann, kann aus dem Energiepark Wayens über die BHKW Energie ins Netz eingespeist werden. „Jetzt sind wir dabei, zusätzlich einen Speicher zu installieren“, erläutert Fritz Gerken, „er soll eine Speicherkapazität von drei Tagen haben.“ Dann ist jede Dunkelflaute vorbei.

Allerdings sind der Energieproduktion derzeit noch regulatorische Grenzen gesetzt: „Wir haben eine Höchstbemessungsleistung von 650 kW. Als privilegierte Landwirtschaft dürfen wir 2,3 Millionen

bei Tee und Kuchen im Wohnzimmer der Gerkens, um noch weitere Details zu erfahren. Fritz Gerken sprüht weiter voller Ideen, wie sich die Energieproduktion ausbauen und verbessern lässt. Und das, obwohl er und seine Frau Helma Gerken planen, die Verantwortung für den Energiepark im nächsten Jahr an ihren Sohn übergeben zu wollen. Gero Gerken ist bereits jetzt voll einbezogen in alle Prozesse und Entscheidungen. Darauf angesprochen strahlt er und freut sich auf die wachsenden Aufgaben. Ebenso wie sein Vater ist er Optimist. Und das liegt auf dem Energiehof quasi auf der Hand, gibt es doch hier den Optimist zum Mitnehmen: Sozusagen als Abfallprodukt aus der Biogasherstellung ist Gerkens „OptiMIST“ ein 100 prozentiger organischer Naturdünger aus Kuhmist, Gras und Stroh und damit ein idealer Dünger für den heimischen Garten.

Mission Kreislaufwirtschaft 2.0 – Warum wir jetzt handeln müssen!

Nachhaltigkeit ist kein Trend, sondern eine Notwendigkeit. Genau deshalb war es mir eine große Freude, als Speakerin beim 3. Netzwerktreffen „Mission Kreislaufwirtschaft“ im Biohotel WildLand dabei zu sein. Gemeinsam mit engagierten Unternehmerinnen, Politikern und viel Expertise aus der Nachhaltigkeits-Branche haben wir diskutiert, wie wir Mehrweg als Standard etablieren und die Kreislaufwirtschaft noch stärker voranbringen können.

Mehrweg muss so einfach werden wie Einweg

Die Zahlen sprechen für sich: 105 Milliarden Euro Umsatz machte die Kreislaufwirtschaft in Deutschland bereits 2021, und mehr als 300.000 Menschen arbeiten in dieser Zukunftsbranche. Doch noch immer sind Einwegprodukte oft die bequemere Wahl, weil die politischen Rahmenbedingungen nicht konsequent genug gesetzt sind.

Deshalb war das Ziel der Branche beim Netzwerktreffen klar:

- Mehrweg als wirtschaftlich attraktive Lösung etablieren
- Politische Anreize für Unternehmen schaffen
- Innovationen fördern, um den Wandel zu beschleunigen

Ich habe in meinem Vortrag gezeigt, dass wir bereits große Erfolge erzielt haben:

- Angebotspflicht von Mehrweg in der Gastronomie ist da!
- Startups wie Vytal, Dotch, Hannocino und Recup zeigen, dass innovative Lösungen funktionieren – auch in Niedersachsen
- Kommunen wie Tübingen setzen mit einer Verpackungssteuer auf wirksame Maßnahmen.

Aber das reicht nicht. Wir brauchen die nationale Kreislaufstrategie, die gezielt neue Technologien und Mehrwegsysteme unterstützt, da müssen wir jetzt, auch politisch, viel mehr Engagement aufbringen.

Mehrweg als Erfolgsfaktor für Unternehmen

Besonders spannend war der Austausch mit Unternehmen wie AllerLiebe GmbH und PFABO GmbH, die bereits zeigen, wie nachhaltige Verpackungslösungen funktionieren. Die Produkte von AllerLiebe werden in der Küche des Biohotels WildLand hergestellt und in PFABO Boxen vertrieben – ein perfektes Beispiel dafür, wie sich nachhaltige Konzepte in die Praxis umsetzen lassen. Wir haben auch über Pfandsysteme und neue Materialinnovationen gesprochen. Startups wie Coastland bei uns in Friesland entwickeln Produkte aus Wolle für Dämmung und Decken – eine clevere Alternative zu konventionellen Materialien.

Politik & Wirtschaft müssen gemeinsam handeln

Ein weiterer Schwerpunkt meines Vortrags war die Rolle der Politik. Programme wie das Zukunftslabor Circular Economy oder die Ressourceneffizienz-Förderung der NBank sind gute Ansätze in Niedersachsen, aber es braucht mehr Mut und Entschlossenheit und zwar für: klarere gesetzliche Vorgaben für Mehrwegsysteme, Förderungen für innovative Materialien & Verpackungslösungen und eine echte Kreislaufwirtschaftsstrategie auf Bundesebene

Panel-Talk & Netzwerken: Lösungen für die Zukunft

Beim Panel-Talk mit dem Mehrwegverband Deutschland e.V. und dem Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW) mit Inga Cramer von AllerLiebe und André Pietzke von dotch haben wir über Erfolgsfaktoren für Mehrweg diskutiert. Klar wurde: Es gibt keine Ausreden mehr – Lösungen existieren, wir müssen sie nur gemeinsam umsetzen! Besonders inspirierend fand ich die Praxisbeispiele, die gezeigt haben, wie es gehen kann.

Mein Fazit: Nicht lang schnacken – einfach machen!

Die Mission Kreislaufwirtschaft 2.0 ist bereits Realität, aber wir stehen erst am Anfang. Die Veranstaltung hat erneut gezeigt: Gemeinsam können wir viel bewegen! Wir haben das Wissen, die Technologien und den unternehmerischen Willen – jetzt braucht es entschlossene politische Unterstützung, um den Wandel zu beschleunigen. Ich bin dankbar für den Austausch mit so vielen inspirierenden Menschen und nehme viele wertvolle Impulse mit. Mein Appell: Lasst uns Mehrweg zur Norm machen – für eine nachhaltigere und wirtschaftlich sinnvolle Zukunft!





Bilder: Jonas Osewold

Kreisverband von Rüdiger Schaarschmidt

Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand

Gab es vor Beginn der Versammlung noch leichte Zweifel, ob die Beschlussfähigkeit gegeben war, waren diese Zweifel lange vor Beginn komplett ausgeräumt. 44 Mitglieder waren überwiegend in Präsenz dabei, dazu noch einige online, insgesamt so viele wie noch. Seit einem Jahr werden die Mitgliederversammlungen der Grünen in Friesland hybrid durchgeführt. Und diese Versammlung verlief trotz der Neuwahl fast des gesamten Vorstands völlig unaufgeregert. Am Ende war der Kreisvorstand wieder komplett. Neben der Kreisvorsitzenden Dr. Jutta Helmerichs aus Varel - ihre Amtszeit geht noch bis Juni 2026 - wurden neu beziehungsweise wiedergewählt: Cornelius Geertsema (Bockhorn) als Kreisvorsitzender, Silke Kiausch-Brauer (Varel) als Kassiererin, sowie als Beisitzerinnen Annika Kamplade (Jever) und Waltraud Voß (Bockhorn) und als Beisitzer Uwe Burgenger (Schortens) und Michael Horeis (Bockhorn). Vorher hatte die Versammlung mit großer Mehrheit die Zahl der Beisitzer*innen für diese Amtsperiode von drei auf vier erhöht. Außerdem hatte Jutta Helmerichs sich im Namen des Kreisverbandes bei dem ausscheidenden Vorstandsmitglied Wilhelm Wilken (Zetel) für seine langjährige Vorstandarbeit mit einem Präsent bedankt.

Vor den Wahlen hatte die Kreisvorsitzende in ihrem Vorstandsbericht die Teilnahme des Kreisverbandes und der Ortsvereine und -gruppen an zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen für Demokratie und Vielfalt hervorgehoben und sich bei den Mitgliedern für ihr großes Engagement und ihre Beteiligung bedankt. Daneben erinnerte Jutta Helmerichs an den Neujahrsempfang mit Frank Bsirske, an diverse Fachworkshops, poli-

tische Stammtische in Jever und mehrere Mandatsträger*innen-Treffen und dankte allen für das große Engagement im Winterwahlkampf. Außerdem informierte sie die Mitgliederversammlung über den Aufbau einer Partnerschaft mit dem Grünen Kreisverband im Landkreis Rostock. Im Bereich Social-Media wurden Ende 2024 zwei Mitarbeitende im Rahmen von Minijobs eingestellt. Bei einem Neumitgliedertreffen im Januar 2025 waren mehr als 20 neue Mitglieder dabei, ein weiteres Treffen dieser Art ist für Juni 2025 geplant. Hoch erfreut teilte Jutta Helmerichs den Anwesenden mit, dass die Zahl der Grünen Mitglieder in Friesland binnen Jahresfrist um mehr als 46 Prozent angestiegen ist.

Die alte und neue Kassiererin Silke Kiausch-Brauer wies in ihrem Bericht darauf hin, dass der Kreisverband im Jahre 2024 mehr Geld ausgegeben hat als eingenommen. Neben diverse Anschaffungen gab es höhere Personalkosten. Auch für 2025 wurde ein Haushalt mit Defizit verabschiedet, das nur durch einen kräftigen Griff in die Rücklage ausgeglichen werden konnte. Um weiter handlungsfähig zu bleiben, muss der Kreisverband deshalb seine Einnahmesituation verbessern. Der Kreisvorstand wird dies jetzt vordringlich angehen.

Die Kreisvorsitzende Dr. Jutta Helmerichs kündigte an, dass der Kreisvorstand in Kürze eine frauenpolitische Sprecherin ernennen wird: „Wir sind gerade in sehr aussichtsreichen Gesprächen mit potenziellen Interessentinnen.“ Auch einen oder eine Mitgliederbeauftragte will der Vorstand bei seiner nächsten Sitzung Anfang März benennen.



GRÜNES FRIESLAND

- **Grünes Friesland** ist eine Zeitschrift für die Mitglieder im Kreisverband Friesland
- Erscheint vier Mal im Jahr (März, Juni, September, Dezember)
- Kostenlos für alle Mitglieder
- Wird klimaneutral gedruckt
- Auflage: 500 Stück
- 15 Autor*innen

Redaktion

OLIVER DE NEIDELS
KIM HÜSING
INGA DE NEIDELS

✉ redaktion@sina-beckmann-gruene.de

Neues Podcast-Format „Küchentisch-Gespräch“ – Politik mitten aus dem Leben

Politik ist oft abstrakt, weit weg und schwer greifbar. Doch genau das möchten Sina Beckmann, Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitikerin, und Manuel von Heugel, Unternehmer, mit ihrem Podcast „Politik aufs Ohr“ ändern. Seit April 2024 bringen sie politische Themen in lockeren, verständlichen Gesprächen ihren Hörerinnen und Hörern auf den gängigen Streaming-Plattformen näher. Jetzt starten sie mit einem neuen Format: Das Küchentisch-Gespräch – Politik dort, wo das Leben stattfindet.

Ein Küchentisch, ehrliche Gespräche und Politik zum Anfassen

Das Konzept des neuen Formats ist so einfach wie wirkungsvoll: Die beiden Podcaster besuchen Menschen in Friesland zu Hause, setzen sich mit ihnen an den Küchentisch und sprechen über die Themen, die sie bewegen. Keine Studio-Atmosphäre, keine vorbereiteten Statements – dafür aber authenti-

sche Einblicke, ehrliche Meinungen und spannende Diskussionen.

“Wir wollen mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen, da, wo sie sich wohlfühlen“, erklärt Sina Beckmann. “Am Küchentisch werden die wichtigsten Fragen des Lebens besprochen – warum also nicht auch Politik?”

Die erste Folge: Zu Gast bei Käser Martin May

Den Auftakt für das neue Format macht ein Gespräch mit Martin May, einem leidenschaftlichen Käser aus Neuenburg/ Zetel. Mit viel Herzblut erzählt er von seinem Handwerk, den Herausforderungen nachhaltiger Lebensmittelproduktion und der Verantwortung gegenüber Tier und Natur.

In der Folge spricht Martin May über seinen persönlichen Weg zum Käserberuf und die täglichen Herausforderungen, die mit handwerklicher Käseherstellung verbunden sind. “Viele Leute wissen gar nicht, was es bedeutet, echte Qualität zu produzieren. Das ist mehr als nur ein Job – das ist eine Lebenseinstellung“, erzählt er.

Ein zentrales Thema der Episode: Die Verbindung von Landwirtschaft, Verbraucherverhalten und Politik. “Wenn wir wollen, dass unsere Lebensmittel nachhaltig sind, müssen wir uns fragen: Welche politischen Rahmenbedingungen brauchen wir? Und wie können wir als Verbraucherinnen und Verbraucher Einfluss nehmen?“, so May.

Beckmann und von Heugel greifen diese Gedanken auf und diskutieren mit ihrem Gast darüber, wie sich Politik auf das Handwerk und die Landwirtschaft auswirkt – von Bürokratie und Regularien bis hin zu Subventionen und Marktzwängen.

Einladung an alle: Wer setzt sich mit uns an den Küchentisch?

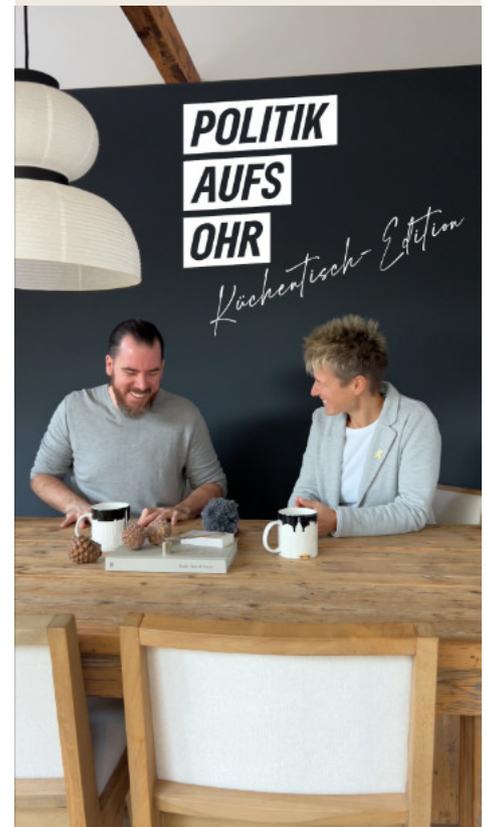
Mit den Küchentisch-Gesprächen möchten die beiden Podcaster eine neue Art des politischen Austauschs etablieren – offen, nahbar und direkt aus dem echten Leben heraus. “Wir reden nicht über die

Menschen, sondern mit ihnen. Wir wollen wissen: Was bewegt euch? Wo drückt der Schuh?“, sagt Manuel von Heugel.

Deshalb laden Beckmann und von Heugel alle Interessierten aus Friesland ein, sich zu melden. Wer Lust hat, die beiden an den eigenen Küchentisch einzuladen, kann sich bei ihnen melden.

Die erste Folge mit Martin May ist ab sofort auf YouTube verfügbar. Weitere Folgen werden folgen – an neuen Tischen, mit neuen Geschichten und neuen Perspektiven.

Alle Folgen
Politik
aufs Ohr
bei YouTube



Wahlkreisbüro Sina Beckmann

- Alter Markt 10, 26441 Jever
- moin@sina-beckmann-gruene.de
- Bürozeiten nach Vereinbarung



GRÜNES FRIESLAND

Grünes Friesland ist eine Zeitschrift für den Kreisverband Friesland.

Verantwortlich für den Inhalt:
Sina Beckmann, Alter Markt 10, 26441 Jever

Diese Zeitschrift wurde klimaneutral gedruckt.

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 15. JUNI